52. JAHRGANG · NUMMER 3 · 5. AUGUST 2011 · EUR 1,50

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ ANTWORT AUF DIE STREIKS DER GDL:

Taktik der Bahnunternehmer: Aufspalten, isolieren und ins Leere laufen lassen

Seit Monaten versucht die GDL durch Streiks mit unterschiedlicher Dauer und Intensität bei den Privatbahnen dem Ziel eines einheitlichen Flächentarifvertrages (Bundes-Rahmen-Lokomotivführertarifvertrag, BuRa-LfTV) näher zu kommen. Bisher ohne Erfolg. Die Privatbahnen haben sich – unbeeindruckt von den Arbeitskampfmaßnahmen – keinen Millimeter bewegt. Der Streik, das traditionelle gewerkschaftliche Kampfmittel in den Unternehmen, zeigt kaum Wirkung auf den Gegner und führt nicht zum angestrebten Ergebnis.

Hinter den so genannten kleinen Privatbahnen stehen in der Regel Konzerne, an denen Finanzinvestoren, ausländische Bahnunternehmen (die französische und italienische Staatsbahn) als auch kommunale Träger (die Hamburger Hochbahn) beteiligt sind. Die lassen sich allein durch den ökonomischen Kampf kaum unter Druck setzen. Denn die Kosten von Arbeitskämpfen, beispielsweise die Organisation eines Busersatzverkehrs, können sie aus der Portokasse bezahlen, zumal sie bei Streik und Aussperrung neben den Löhnen auch noch die Gebühren für die Nutzung des DB-Schienennetzes sparen. Ihre langfristigen Ziele sind den privaten Betreibern wichtiger, als die kurzfristige Sicherung des Arbeitsfriedens.

Die Interessen der DB AG

Mit der Deutschen Bahn hat sich die GDL über den BuRa-LfTV geeinigt. Der Bahnvorstand kann sich, seitdem die KollegInnen der DB AG aus dem Arbeitskampf genommen wurden, die Auseinandersetzung bei der privaten Konkurrenz in Ruhe anschauen. Denn auf die Bahn kommen durch den Flächentarifvertrag, der sich an ihrem Tarifniveau orientiert, keine wesentlichen Kostensteigerungen zu.

Dabei sind die Interessen der DB AG durchaus widersprüchlich. Zwar würden bei Streckenausschreibungen erhöhte Lohnkosten für die privaten Anbieter der DB AG zunächst einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Das Lohndumping der privaten Betreiber bietet aber auch der DB AG die Möglichkeit, das Lohnniveau im eigenen Konzern abzusenken – entweder direkt über die Intensivierung der Arbeit und eine Absenkung der Löhne oder indirekt, durch die Neugründung von Subunternehmen, die nicht mehr an das Tarifniveau des Konzerns gebunden sind.

Diese Überlegungen dürften für das Verhalten der Deutschen Bahn AG ausschlaggebend sein. Sie decken sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung, die sich durch alle Wirtschaftszweige und durch alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung und Daseinsfürsorge zieht: Lohnkostensenkung als Konkurrenzvorteil

Arbeitskampf bei der ODEG

Zur Gesetzesinitiative »Tarifeinheit«

Profitable Wge aus der Schuldenkrise

Buchbesprechung *Hermann Scheer*

Material: Ägyptische Arbeiterbewegung

Privatisierung, Ausgliederung, Leiharbeit – kapitalistischer Konkurrenzkampf und Standortdenken

Erpressungen durch Konzernvorstände mit dem Hinweis auf den Wettbewerb gehören seit Jahren zum Alltagsgeschäft von Betriebsräten und Gewerkschaften. Mit der Drohung, bestimmte Produktionslinien, Abteilungen oder Dienstleistungen auszugliedern oder an Fremdfirmen zu vergeben, sollen Gewerkschaften und Betriebsräte dazu gebracht werden, einer Absenkung der Löhne und einer Intensivierung der Arbeit für die betroffenen KollegInnen zuzustimmen. In der Regel haben sich die Firmenleitungen durchgesetzt. Das Resultat war die Beseitigung eines einheitlichen Lohniveaus innerhalb der Betriebe durch Fremd-/Leiharbeitsfirmen, Praktika, Absenkungsvereinbarungen etc. und die Durchlöcherung der Flächentarifverträge durch betriebliche Ausnahmeregelungen, so dass sie ihren allgemeinen Schutzcharakter für die Beschäftigten verloren haben.

Noch schwerer als die materiellen Verluste für die Betroffenen wiegen die negativen Folgen für den Zusammenhalt innerhalb der Belegschaften oder unter den Beschäftigten einer Branche. Es gibt in den Betrieben, je nach Beschäftigungsverhältnis, KollegInnen erster, zweiter oder dritter Klasse. Das vorhandene Standortdenken, die Identifikation der Beschäftigten mit ihrer Arbeit und ihrem Betrieb, wurde verstärkt und auf die Spitze getrieben. Es ist für die Co-Manager in den Betriebsratsspitzen und in den Gewerkschaftsvorständen zur einzigen Richtschnur ihres Handelns geworden. Gemeinsam mit den Unternehmensleitungen werben sie für die unumgänglichen Einsparungen zum Erhalt »ihrer« Standorte und der vorhandenen Arbeitsplätze. Solange nicht der eigene Arbeitsplatz betroffen ist und sich die Lohnverluste in Grenzen halten, findet dieser Kurs die Unterstützung oder die Duldung durch eine Mehrheit in den Stammbelegschaften.

Flächentarifvertrag gegen Lohndumping

Mit der Forderung nach einem Flächentarifvertrag für alle Lokführer, egal ob im Regional-, Fern- oder Güterverkehr, setzte sich die GDL von der seit Jahren betriebenen Tarifpolitik der DGB-Gewerkschaften ab. Würde beispielsweise die IG Metall ein ähnliches Ziel verfolgen, so müsste sie alle nach dem »Pforzheimer Abkommen« getroffenen tariflichen Ausnahmeregelungen kündigen und versuchen, die betroffenen Belegschaften wieder unter den Schutz der entsprechenden Flächentarifverträge zu bringen. Es ist natürlich vollkommen unrealistisch, dass die IG Metall einen solchen Kurswechsel vollziehen wird. Es wäre faktisch die Aufkündigung der praktizierten Sozialpartnerschaft durch die IGM. Der Vergleich aber zeigt, welches Konfliktpotential in den Forderungen der GDL steckt und weshalb sie auf so entschiedenen Widerstand bei den privaten Bahnbetreibern stoßen.

Die Voraussetzungen zur Durchsetzung eines allgemein gültigen Flächentarifvertrages für alle Lokführer sind bei der Bahn natürlich andere, als in den privaten Industriezweigen. So sind 90 Prozent der Lokführer noch bei der DB AG beschäftigt und nur 10 Prozent bei den Privatbahnen. Aber deren Anteil ist in den letzten Jahren beständig gestiegen und wird mit zukünftigen Streckenausschreibungen weiter steigen. Die Lokführer bei der Deutschen Bahn wissen aus den Berichten ihrer KollegInnen bei den Privaten, was für sie auf dem Spiel steht. Sie verdienen bis zu 30 Prozent weniger und müssen sich oft mit noch schlechteren Arbeitsbedingungen zufrieden geben. Zugleich verlieren sie die über Jahre oder Jahrzehnte erworbenen Ansprüche gegenüber dem alten Arbeitgeber, der DB AG.

Mit einer bundesweiten Mobilisierungs- und Protestveranstaltung am 16. Februar 2011 stimmte die GDL-Führung ihre Mitglieder auf die folgenden Auseinandersetzungen ein. Immer wieder wurde das Ziel herausgehoben, das mit dem BuRa-LfTV verfolgt wird. Die Lohndumping-Konkurrenz der Anbieter soll mit Hilfe des Flächentarifvertrages unterbunden werden. Die KollegInnen sollen vor den bisher üblichen Verschlechterungen bei einem Betreiberwechsel geschützt werden.

Das zweite wichtige Thema war der Angriff auf das Streikrecht durch die »Gesetzesinitiative zur Tarifeinheit« von BDA und DGB. Es zielte ja direkt auf die Existenz der GDL (siehe Kommentar auf Seite 6 und Arbeiterpolitik Nr. 4, Oktober 2010).

Nach einer Reihe von Warnstreiks begann Anfang März 2011 die Urabstimmung. 92 Prozent der Lokführer bei der DB AG stimmten für Arbeitskampfmaßnahmen, bei den privaten Anbietern waren es sogar 96 Prozent. Mit dem Urabstimmungsergebnis haben die Lokführer dokumentiert, dass sie bereit sind für einen Flächentarifvertrag gemeinsam in die Auseinandersetzung zu gehen, egal ob sie bei der DB AG oder bei privaten Anbietern beschäftigt sind. Die Zersplitterung und Konkurrenz untereinander war mit diesem Schulterschluss zumindest für die erste Phase der Arbeitskampfmaßnahmen aufgehoben. Es folgten im Februar und März eine Reihe gemeinsamer und zeitlich befristeter Arbeitsniederlegungen quer durch alle Bereiche des Bahnverkehrs.

Nach Kompromissen mit der DB AG und im Güterverkehr – die Streiks drohen erfolglos zu versanden

Der Vorstand der DB AG hat offensichtlich aus dem Arbeitskampf 2007/2008 gelernt. Damals führte die unnachgiebige Haltung gegenüber der GDL nicht zum gewünschten Ergebnis. Die Lokführer konnten auch durch eine breit angelegte Diffamierungskampagne in den Medien nicht isoliert werden – trotz Unterstützung durch die Vorstände von Trans-

INHALT · Heft Nr. 3 · 5. August 2011 · Jg. 52

Der Arbeitskampf bei der ODEG 5

Gesetzeinitiative zur Tarifeinheit gescheitert 6

Profitable Wege aus der Schuldenkrise 7

Buchbesprechung

Hermann Scheer: Für das Gute – Gegen das Böse 9

Material zu Ägypten

Interview zur Revolution in Ägypten 11

Arbeiter treten mit eigenen Forderungen auf 17

Jahrelanger Kampf für unabhängige Gewerkschaften . . 19

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

net[1] und anderer DGB-Gewerkschaften. Stattdessen gewann die GDL die Sympathie der breiten Öffentlichkeit für ihre Forderungen und für die ergriffenen Kampfmaßnahmen.

In der aktuellen Auseinandersetzung taktiert Bahnvorstandschef Grube geschickter als sein Vorgänger Mehdorn in den vergangenen Jahren – statt auf Konfrontation setzt er auf Konfliktbegrenzung. Im April erklärte die DB AG ihre Bereitschaft den BuRa-LfTV anzuerkennen und konnte sich damit weiteren Arbeitskämpfen durch die GDL entziehen. Zugleich verfolgte sie damit das Ziel, die gemeinsame Front aller Bahnbeschäftigten aufzubrechen. Diese Rechnung scheint aufzugehen.

Bereits im März (noch vor der Einigung mit der DB AG) hatte es mit den vier großen Anbietern im privaten Schienengüterverkehr SGV4[2] eine Einigung über den Flächentarifvertrag gegeben. Ganz offensichtlich sollte die deutsche Exportwirtschaft durch den Arbeitskampf bei der Bahn nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Seit den Vereinbarungen im Güterverkehr und mit der DB AG stehen die Mitarbeiter der privaten Nahverkehrsanbieter allein im Arbeitskampf. Und die privaten Betreiber haben schon zu Beginn der Verhandlungen deutlich gemacht, dass sie sich im freien Wettbewerb nicht durch einen Flächentarifvertrag binden lassen wollen. Die Gruppe der sechs größten privaten Bahnunternehmen in Deutschland (G6)[3] brach die gemeinsamen Verhandlungen mit der GDL ab. Die muss nun versuchen in Verhandlungen und durch Arbeitskampfmaßnahmen bei den Einzelunternehmen ihrem Ziel in vielen kleinen Schritten näher zu kommen. Die Zersplitterung im gemeinsam aufgenommenen Kampf für den BuRa-LfTV nahm damit weiter zu. Die Folge waren zeitlich versetzte Streiks von unterschiedlicher Dauer und Intensität, die immer wieder ausgesetzt wurden. Die Unternehmen antworteten mit Repressionen: Arbeitsgerichte sollten die Streiks für rechtwidrig erklären, KollegInnen wurden unter Druck gesetzt oder bedroht, die Belegschaften oder Teile von ihnen ausgesperrt und Streikbrecher mit Sonderprämien belohnt (siehe auch Artikel zum Streik bei der Ostdeutschen Eisenbahn GmbH (ODEG).

Der Vorstand der DB AG kann in Ruhe zuschauen, wie sich die Gewerkschaft bei den privaten Anbietern die Zähne ausbeißt. Es ist der GDL schon in den vergangenen Jahren nicht gelungen über Haustarifverträge die bei den Privaten bezahlten Löhne und Arbeitsbedingungen an das DB-Niveau heranzuführen. Sollte nun der Kampf um einen Flächentarifvertrag bei den Privatbahnen zu keinem Erfolg führen, so kann sich auch der Bahnvorstand als Sieger fühlen. Seine Position gegenüber der ungeliebten und durch den Misserfolg geschwächten GDL wäre gestärkt. Und mit dem Hinweis auf den Wettbewerbsvorteil der billigen Privatanbieter lassen sich von den Beschäftigten der Deutschen Bahn, von den Betriebsräten und Gewerkschaften auch weiterhin Zugeständnisse abpressen.

Das Unternehmerlager bestimmt den Fortgang der Auseinandersetzung

Die GDL hat sich 2007/2008 unter vielen Beschäftigten, auch in anderen Branchen und Industriezweigen, den Ruf einer konsequenten und kampfbereiten Gewerkschaft erworben. Auch mit der Forderung nach einem einheitlichen Flächentarif für alle Lokführer hebt sie sich positiv von anderen Gewerkschaften ab. Aber der Verlauf des diesjährigen Arbeitskampfes deckt auch die Schwächen der GDL auf, und er zeigt zugleich, wo die Grenzen eines allein tariflich ausgerichteten Arbeitskampfes liegen.

Von der Stärke und Breitenwirkung des Arbeitskampfes 2007/2008 und von der Gemeinsamkeit zu Beginn der diesjährigen Tarifauseinandersetzung scheint kaum noch etwas übrig geblieben zu sein. Den überregionalen Medien sind die Streiks bei den Privatbahnen kaum noch eine Meldung wert. In der regionalen Berichterstattung steht die Verärgerung von Pendlern und Fahrgästen im Vordergrund. Die Löhne und Arbeitsbedingungen, wenn sie überhaupt erwähnt werden, spielen eine untergeordnete Rolle. *»In den Medien schreiben weiterhin die Unternehmen mit Werbeanzeigen vor, was und wie berichtet wird.«* (Flugblatt Berliner GDL-KollegInnen)

Der Zermürbungstaktik der Unternehmer, die Front der Lokführer aufzusplittern in die verschiedensten Tarifbereiche und Einzelunternehmen, hatte die GDL bisher nichts

1 Aus dem Zusammenschluss von Transnet und GdBA entstand die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft.

2 Zu den SGV4 gehören: assoft GmbH Unternehmensbereich railmen, MEV Eisenbahn-Verkehrsgesellschaft GmbH, rail4chem Eisenbahnverkehrsgesellschaft GmbH und SBB Cargo Deutschland GmbH)

3 Zu den G6 gehörten: Abellio GmbH, BeNEX GmbH, Keolis Deutschland GmbH & Co. KG, Netinera Deutschland GmbH, Veolia Verkehr GmbH und die Unternehmen der Hessischen Landesbahnen.

entgegenzusetzen. Von ca. 20.000 bei der GDL organisierten Lokführern befinden sich noch einige hundert bei den Privatbahnen im Streik für den Flächentarifvertrag, von dem jedoch alle Lokführer profitieren. Von ihrer Kampfkraft und ihrem Durchhaltevermögen soll nun abhängen, ob es der GDL gelingt, einen Flächentarifvertrag als Grundlage für die Löhne und Arbeitsbedingungen in der gesamten Branche durchzusetzen. Das kann nicht funktionieren. Mit zunehmender Dauer der Arbeitskämpfe wird die Streikbereitschaft abnehmen, wenn Erfolge oder ein Nachgeben der Unternehmen nicht erkennbar sind und die KollegInnen weiterhin allein im Ausstand bleiben.

Die GDL, ein normaler Sozialpartner

Die durch den GDL-Vorstand eingeschlagene Taktik im Arbeitskampf ist Ausdruck seines gewerkschaftlichen und politischen Selbstverständnisses. Es wird deutlich, dass sich die GDL-Spitzenfunktionäre allenfalls in Nuancen von der sozialpartnerschaftlichen und auf Kooperation ausgerichteten Grundhaltung unterscheiden, die in den DGB-Gewerkschaften den Kurs bestimmt. Der »gute GDL-Spitzenfunktionär« besitzt ein christdemokratisches statt ein sozialdemokratisches Parteibuch. Die Verteidigung der Marktwirtschaft, Staats- und Gesetzestreue und die Sozialpartnerschaft liegen ihm genauso am Herzen wie seinen sozialdemokratischen Kollegen in den Konkurrenzgewerkschaften des DGB.

Sollte die GDL in ihrem Kampf um einen branchenweiten Flächentarif scheitern, dann nicht allein an der Stärke des Unternehmerlagers, sondern auch an den Fesseln, die sie sich aus ihrem sozialpartnerschaftlichen Grundverständnis selber anlegt. Von der bürgerlichen Eigentumsordnung gedeckt und durch die politischen Entscheidungen der Regierenden forciert, können die Unternehmen durch Ausgliederungen, durch Leih- und Zeitarbeit die Tariflandschaft in einen Flickenteppich verwandeln und sich sogar tarif- und gewerkschaftsfreie Zonen schaffen. Bei den ehemaligen Staatsbetrieben wie bei der Bahn, wurde diese Entwicklung mit der Privatisierung eingeleitet und durch Ausschreibungen von Beförderungsleistungen vorangetrieben. Die Gewerkschaften sitzen, wie auch die laufende Auseinandersetzung zeigt, am kürzeren Hebel. Gebunden an die Mechanismen sozialpartnerschaftlicher Tarifpolitik, versucht der GDL-Vorstand erst gar nicht die Grenzen auszureizen, zu umgehen oder gar zu überschreiten, die ihm vom Tarif- und Arbeitsrecht gesetzt sind.

Im GDL-Vorstand fürchtet man sich, genau wie bei den DGB-Gewerkschaften, vor einer durch Erfahrungen im Arbeitskampf politisierten und selbstbewussten Mitgliedschaft. Die Spitze will das Heft des Handelns in der Hand behalten. Erwartungen und Druck von der Basis stören. Vor allem soll das enge Feld der Tarifpolitik, die den Sozialpartnern ihre Rollen zuweist, unter keinen Umständen verlassen werden. Deshalb enthält sich die GDL-Spitze politischen Stellungnahmen gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn oder gegen die Ausschreibungspraxis bei der Streckenvergabe durch die Länder. Kennzeichnend für diese politische Grundhaltung ist ihr Slogan, unter dem sie in die Auseinandersetzung für den BuRa-LfTV führt: *»Faire Löhne – fairer Wettbewerb«*.

Das Vorgehen der Unternehmer hat dem GDL-Vorstand die Grenzen seiner tariflichen Möglichkeiten aufgezeigt. Und der weiß offensichtlich nicht, wie er den begonnen Arbeitskampf für einen Flächentarifvertrag erfolgreich zu Ende führen kann. Davon zeugt auch die Webseite der GDL. Die Meldungen über Aufnahme, Aussetzung oder Beendigung von Arbeitskampfmaßnahmen häufen sich, ohne dass dem Leser die jeweiligen Gründe für die Beschlüsse mitgeteilt werden. In welche Richtung sich die Auseinandersetzung bewegt ist genauso wenig erkennbar wie eine gewerkschaftliche Strategie.

Die Suche nach neuen Wegen

Um Schwung in die festgefahrene Auseinandersetzung zu bringen müsste nach neuen Wegen gesucht werden, wie die Anliegen der Lokführer in die Öffentlichkeit gebracht und wie die KollegInnen bei der DB AG und im Güterverkehr wieder einbezogen werden können. Da von Seiten des GDL-Vorstandes in dieser Richtung keine Vorschläge und Initiativen kamen, haben sich in Berlin zahlreiche Lokführer, z.B. aus dem DB-Regionalverkehr und der Berliner S-Bahn, mit streikenden Kollegen von der ODEG zusammengesetzt. Sie schreiben: *»Die Wichtigkeit eines Flächentarifvertrages auf höchstem Niveau sehen grundsätzlich fast alle Lokführer, egal in welchem Unternehmen und egal in welcher Gewerkschaft. Deren derzeitige Umsetzung steht jedoch bei vielen dieser Lokführer zur Diskussion. So sind die isoliert geführten Streiks der Kollegen in den unterschiedlichen Unternehmen beinahe die gleiche Strategie wie die der Unternehmer, um die Beschäftigten zu vereinzeln und zu spalten. Doch das sollte nach Vorstellung der Lokführer ein Ende haben. Dazu werden immer mehr Kontakte unter den Streikenden gesucht und geknüpft, um Erfahrungen auszutauschen und Strategien der Unternehmer besser zu erkennen. Aber auch erfolgreiche Aktionen sollen so die Kampfstärke in allen »privaten« Unternehmen erhöhen. In Berlin haben sich nun Lokführer unterschiedlichster Unternehmen zusammengetan, um während einer selbst organisierten »Soli-Streik-Party« über ihre Situation zu diskutieren und eigene Vorstellungen für den Fortgang des Kampfes für einen Flächentarifvertrages zu entwickeln.* ***Solidarität lebt nicht vom Wort, sondern allein durch die Tat!****«*

Es sind die noch kleinen, in den Anfängen steckenden Initiativen der KollegInnen an der Basis, die Auswege aus dem gewohnten gewerkschaftlichen Tariftrott aufzeigen können.

13. Juli 2011 ■

Der Arbeitskampf bei der ODEG

Die **Ostdeutsche Eisenbahn GmbH** (ODEG) ist eines der vielen typischen Unternehmen, die sich auf dem rrivaten Bahnmarkt tummeln. Sie ist ein Gemeinschaftsunternehmen von BeNEX und Netinera. Eigentümer von Netinera ist die italienische Staatsbahn FS und ein französisch-luxemburgischer Finanzinvestor. Bei BeNEX hält die Hamburger Hochbahn AG (HHA) 51 Prozent der Anteile und die englische Investmentgesellschaft International Public Partnerships 49 Prozent. Etwa 240 KollegInnen arbeiten bei der ODEG, davon 130 Lokführer, der andere Teil der Belegschaft verteilt sich auf die Zugbegleiter, die Reparatur und Wartung sowie die Organisation und Verwaltung.

Einen Streik bei den Privatbahnen zu organisieren ist nicht einfach. Die Tätigkeit von Lokführern bringt es mit sich, dass sie im Arbeitsalltag von einander isoliert und bei Arbeitskampfmaßnahmen dem direkten Druck ihrer Vorgesetzten ausgesetzt sind. Neben den unterschiedlichen Schichtzeiten verteilen sich die Beschäftigten bei der ODEG noch auf drei Betriebshöfe (Eberswalde, Parchim, Görlitz). Eine weitere Schwierigkeit ist die Zusammensetzung: Neben den Lokführern die von der DB AG gewechselt sind, gibt es eine Reihe von KollegInnen, die direkt aus der Erwerbslosigkeit bzw. aus dem ALG-II-Bezug kommen. Sie wurden in einer vom Jobcenter gesponserten Fortbildung erst zu Lokführern ausgebildet. Verständlich, dass bei ihnen die Bereitschaft fehlt, dem Druck der Vorgesetzten zu widerstehen und eventuell ihren Arbeitsplatz zu gefährden. Es gibt zusätzlich eine Reihe von KollegInnen die nur befristete Arbeitsverträge haben oder sich in der Probezeit befinden.

Die im Bahnbetrieb herrschenden Schicht- und Arbeitszeiten lassen ja schon kaum ein geregeltes Privat- und Familienleben zu – eine kontinuierliche betriebliche Gewerkschaftsarbeit fast gar nicht. Es fehlen die in den Produktionsbetrieben bekannten gewerkschaftlichen Strukturen, mit Vertrauensleuten in den Abteilungen und Betriebsräten, die im gleichen Gebäude oder auf dem Werksgelände residieren und die man notfalls auch gemeinsam aufsuchen kann.

Von den 130 Lokführern bei der ODEG haben sich 70 an den Arbeitskampfmaßnahmen beteiligt. Eine Streikleitung, die von den KollegInnen akzeptiert wird, hat sich um die Berliner ODEG-Kollegen und die GDL-Betriebsräte bei der ODEG gebildet. Der GDL-Bezirk entsandte dabei immer einen Vertreter zu den entscheidenden Sitzungen der Streikleitung. In dem nun schon seit Monaten andauernden Arbeitskampf kommen die Beteiligten auf mittlerweile mehr als 30 Streiktage. Die wurden immer wieder unterbrochen durch eine zeitweise Aussetzung des Ausstandes.

Da die Geschäftsleitung der ODEG mit den verbliebenen Lokführern trotz vieler Überstunden den Bahnbetrieb nicht aufrechterhalten konnte, organisierte sie einen Busersatzverkehr. Die Streikbrecher erhielten Sonderprämien von 200 bis 500 Euro. Neben den üblichen Drohungen und Erpressungen gegenüber den KollegInnen bei der Aufnahme des Streiks, reagierte das Unternehmen mit Aussperrungen. Sie betrafen etwa 40 Prozent der Streikenden. Dabei wurde die Aussperrung völlig willkürlich gehandhabt und erstreckte sich bei einzelnen KollegInnen auch über die Streikzeit hinaus. Sie sollten damit finanziell weiter unter Druck gesetzt werden. Als nach der letzten Aussetzung des Arbeitskampfes einzelne Lokführer weiter ausgesperrt blieben, gaben die KollegInnen die entsprechende Antwort. Entweder alle oder keiner. Sie nahmen den Streik deshalb gemeinsam wieder auf.

Es ist erstaunlich, dass die KollegInnen bei der ODEG unter diesen Bedingungen schon monatelang durchgehalten haben. Denn weit mehr als 30 Streiktage bedeuten auch einen finanziellen Verlust. Der wiegt bei den Beschäftigten der ODEG besonders schwer. Das Lohnniveau liegt fast 30 Prozent unter dem der DB AG. Schon mit dem normalen Entgelt fällt es vielen KollegInen schwer, ihre Familien über die Runden zu bringen. Deshalb kam die **Initiative zu einer Streik-Soli-Party** zur rechten Zeit. Es wurde nicht nur die Isolation der Streikenden bei der Privatbahn aufgebrochen. Die Aktivisten aus den anderen Bereichen der Bahn hatten unter ihren KollegInnen für die Streikenden gesammelt. Die ersten Spendengelder wurden auf der Party überreicht. Die Streikleitung konnte die Gelder direkt den Kollegen überreichen, die durch ihre Streikbeteiligung in finanzielle Notlagen geraten sind.

Weitere gemeinsame Aktionen sind bei den Lokführern aus den unterschiedlichen Unternehmen in Planung. So wird auch über die Notwendigkeit von flächendeckenden Solidaritätsstreiks bei der Deutschen Bahn gesprochen, um an das gemeinsame Ziel zu gelangen. 13. Juli 2011 ■

■ KOMMENTAR:

Gesetzesinitiative zur »Tarifeinheit« begraben – Kurs der Kooperation wird fortgesetzt

In der »Arbeiterpolitik« vom Oktober 2010 haben wir uns ausführlich mit der gemeinsamen Initiative der BDA und des DGB zur Einschränkung des Tarif- und Streikrechts beschäftigt. Anfang Juni diesen Jahres hat sich der DGB daraus zurückgezogen. *»In seiner heutigen Sitzung hat der DGB-Bundesvorstand folgenden Beschluss zur Tarifeinheit gefasst: Das politische Ziel der Tarifeinheit ist und bleibt richtig, um die Tarifpolitik zu stärken und die Tarifautonomie sicherzustellen. Der DGB sieht allerdings unter den gegebenen Bedingungen keine Möglichkeit, die Initiative von BDA und DGB weiterzuverfolgen.«* (DGB-Pressemitteilung vom 07.06.2011) Einen Sinneswandel in dieser Frage hat es nicht gegeben, wie die Pressemitteilung belegt. Was also waren die Bedingungen, die den DGB zu diesem Schritt bewogen?

Zögerliche Haltung der Regierungsparteien

Obwohl Bundeskanzlerin Merkel auf einer Tagung der Arbeitgeberverbände ihre Zusicherung für eine entsprechende Umsetzung der Initiative abgab, folgten keine gesetzgeberischen Schritte durch die Regierung. Zum einen wurden selbst in einem Gutachten für die Koalitionsparteien Zweifel geäußert, ob die Umsetzung des durch BDA und DGB vorgelegten Vorschlages vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben könne. Zum anderen stieß die Initiative auf Kritik in den Regierungsparteien selbst. Zuallererst betroffen wären die Berufsgewerkschaften, die sich im Deutschen Beamten Bund (DBB) zusammengeschlossen haben. Deren Spitzenfunktionäre sind überwiegend Mitglied in der CDU oder auch der FDP. Vor allem innerhalb der FDP gibt es Vorbehalte, weil sie es nicht als ihre Aufgabe ansieht, die Vormachtstellung der DGB-Gewerkschaften gegenüber konkurrierenden Gewerkschaften gesetzlich abzusichern. Die Regierungskoalition, innenpolitisch angeschlagen, hatte kein Interesse ein neues Feld der politischen Auseinandersetzung und möglicher Koalitionsquerelen aufzumachen. *»Faktisch ruht die Initiative schon seit Monaten, da die BDA in den Regierungsparteien keine Zustimmung organisieren konnte.«* Mit diesen Worten brachte Berthold Huber von der IG Metall seine Unzufriedenheit über die Untätigkeit der Regierung zum Ausdruck.

Kritik auch aus dem gewerkschaftlichen Apparat

Als gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre, allen voran Frank Bsirske von ver.di, hinter verschlossenen Türen die Initiative gemeinsam mit der BDA in die Wege leiteten, hatten sie nicht geahnt, welche Reaktionen dies in den eigenen Reihen hervorrufen würde. Die Wogen der Kritik schlugen besonders in der ver.di hoch. Sie erfassten fast den gesamten Funktionärskörper bis hinauf in die obersten Ebenen. Die Flut der eingegangenen Beschlüsse, die das Vorhaben ablehnen, ist im Labournet anschaulich nachzulesen. Noch im September 2010 hatte der Gewerkschaftsrat, das höchste mit Ehrenamtlichen besetzte Gremium zwischen den Gewerkschaftstagen von ver.di, sich mit überwältigender Mehrheit (66:15) gegen einen Antrag auf Rücknahme der Initiative »Tarifeinheit“ ausgesprochen. Das war Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen den Kritikern (vor allem aus dem Bereich der Druckindustrie, der Post und den Versicherungen) und den Befürwortern (vor allem aus den Bereichen des öffentlichen Dienstes). Zuletzt fasste auch der Gewerkschaftsrat am 25. Mai 2011 auf Empfehlung des ver.di-Bundesvorstandes ohne weitere Diskussion einen Beschluss, in dem der DGB aufgefordert wird, sich aus der Initiative zurückzuziehen. Das Thema soll auf dem bevorstehenden Gewerkschaftstag keine Rolle spielen, um Frank Bsirske dort eine mögliche Abstimmungsniederlage zu ersparen.

Vor allem die Gemeinsamkeit mit den Arbeitgeberverbänden zur gesetzlichen Neuregelung des Streikrechts nährte den breiten und gefühlsmäßigen Unmut. Die innergewerkschaftlichen Kritiker konnten sich durchsetzen[1] und einen der seltenen Erfolge der letzten Jahre verbuchen. Allerdings müssen wir an dieser Stelle vor einer Überbewertung des Erfolges warnen. Die Diskussion über das Streikrecht hatte den Funktionärskörper und die wenigen, auch politisch aktiven Gewerkschaftsmitglieder erfasst, vor allem dort, wo in den letzten 30 Jahren Belegschaften im Arbeitskampf gestanden haben. In den Betrieben und Verwaltungen, an der breiten Basis sind die kritischen Diskussionen noch nicht angekommen oder finden nur geringe Resonanz.

Schadensbegrenzung durch die Vorstände

Einen Tag vor der entscheidenden DGB-Vorstandsitzung, die den Rückzug aus der Gesetzesinitiative beschloss, schrieb der IGM-Vorsitzende Berthold Huber an Michael Sommer: *»Die IG Metall hält die Initiative für Tarifeinheit weiterhin für richtig und wichtig. … Deshalb gibt es auf der DGB-Bundesvorstandssitzung nichts zurückzuziehen. Neue Argumente, die zu bedenken wären, sind in den Debatten und Beiträgen der letzten 18 Monate nicht vorgebracht worden. … Der DGB sollte dem Eindruck entgegenwirken, dass die Initiative aus inhaltlichen Gründen falsch war. … Jetzt ist jede DGB-Gewerkschaft gefordert, in ihrem Organisationsbereich die faktische Tarifeinheit herzustellen.«*

Berthold Huber bringt hier zum Ausdruck, dass sich der IG Metall-Vorstand weder durch kritische Diskussionen noch durch die demokratische Willenbildung beeindrucken und vom eingeschlagenen Kurs abbringen lässt. Die Botschaft lautet: Die Unternehmerverbände können auch in Zukunft auf die enge Kooperation mit den Vorstandsetagen der DGB-Gewerkschaften zählen. Dagegen werden unabhängige Gewerkschaften oder Mitglieder aus den eigenen Reihen, die sich der Kooperation mit dem Unternehmerlager nicht unterordnen wollen, vom DGB mit allen Mitteln bekämpft.

17. Juli 2011 ■

1 Auch durch deutliche Flankierung von Arbeitsrechtlern wie Wolfgang Däubler, Detlef Hensche, Helmut Platow, Henner Wolter und Thomas Deterich, während der neue Leiter Rechtspolitik im Büro von Frank Bsirske, Prof. Jens Schubert, sich von Anfang an auf die Seite seines Herren stellte und ein Gesetz forderte. Unter den hauptamtlichen unteren Funktionären innerhalb von verdi herrscht die Ansicht vor, dass Frank Bsirske seinen Schwenk in dieser Frage u.a. unternahm, weil er eine Grundsatzdebatte auf dem bevorstehenden Gewerkschaftstag auf jeden Fall vermeiden will. Doch mit dem Rückzug des DGB aus der aktuellen Zusammenarbeit mit der BDA sind die Grundsatzfragen über die Position der Gewerkschaften überhaupt nicht geklärt.

Die Banken kämpfen um ihre Gewinnspannen, die Bevölkerung in Griechenland um den Erhalt ihrer Existezbedingungen.

■ »ENTGANGENER GEWINN IST NOCH LANGE KEIN VERLUST«

Profitable Wege aus der Schuldenkrise

Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, wenn der Vorstandsvorsitzende der zweitgrößten deutschen Bank in eine politische Auseinandersetzung mit einem Gastbeitrag in einer Tageszeitung öffentlich eingreift. Martin Blessing von der Commerzbank tat dies und stellte sich gegen einen von Deutsche Bank-Chef Ackermann als Sprecher des deutschen Bankenverbandes und Bundesfinanzminister Schäuble vorgestellten Kompromiss zur Beteiligung der privaten Geldinstitute an der Rettung der Gläubiger Griechenlands.[1] Das von Ackermann vertretene sogenannte französische Modell der freiwilligen Beteiligung der privaten Gläubiger sieht eine höchst komplizierte, verschachtelte Umschuldung vor, die im Endeffekt den Gläubigern eine hohe Rendite bei gleichzeitiger Absicherung ihrer Risiken bringen soll. Im Grunde genommen genau das Gegenteil der geforderten »freiwilligen Beteiligung«. Erklärlich, wenn man berücksichtigt, dass – nach den griechischen - deutsche und französische Banken und Versicherungen die größten Gläubiger des hellenischen Staats sind.

Allerdings ist die Commerzbank mit rund 3 Milliarden Euro der größte deutsche Gläubiger – und dies verleiht dem Auftritt von Martin Blessing zusätzlich Gewicht. Denn er fordert von den Griechenland-Gläubigern, einen Abschlag auf den Nennwert ihrer Papiere von 30 Prozent zu akzeptieren; ferner den Umtausch der griechischen Staatsanleihen in Papiere mit dreißigjähriger Laufzeit und einem Zinssatz von 3,5 Prozent, die aber dann von den Euroländern gemeinschaftlich garantiert werden müssten. Ein ähnlicher Weg sei bei der Umschuldung Mexikos unter dem Namen Brady-Bonds erfolgreich eingeschlagen worden und könnte gegebenenfalls im Falle Portugals und Irlands gegangen werden. Einzelne Sachverständigenratsmitglieder unterstützten Blessings Linie und schlugen Forderungsabschläge von 40 bis 50 Prozent vom Nominalwert vor.

In der Regel werden solche Meinungsverschiedenheiten unter den Vertretern der Hochfinanz nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen. Dass es hier nun dazu kam, kann man sich damit erklären, dass eine wirkliche Beilegung der Schuldenkrise im Euroraum zwingend wird, um die internationalen Finanzmärkte zu beruhigen. Bislang war das Griechenland-Retten für die meisten Gläubiger ein gutes Geschäft. Die Renditen für griechische Staatsanleihen liegen aktuell zwischen elf und 20 Prozent. Aber mittlerweile ist den Meisten klar geworden, dass es so nicht weiter gehen kann, dass der griechische Staat weder die Zinslast noch die Tilgung der Schulden wird stemmen können.

So geht es jetzt für die Banken darum, zu retten, was zu retten ist – und das rechtzeitig genug. Deshalb zog der Vorstandsvorsitzende der größten deutschen Gläubigerbank die Reißleine, um den Fallschirm zu öffnen, der sie Alle retten soll. Der Fallschirm allerdings wäre »de luxe«: Die Commerzbank zum Beispiel könnte sich von Ramschpapieren im Nominalwert von drei Milliarden Euro trennen, die sie wahrscheinlich zu Kursen unterhalb dieses Wertes erwarb, und die ihr in den vergangenen Jahren überdurchschnittliche Zinseinkünfte brachten. Und sie hätte bei einem dreißigprozentigen Schuldenschnitt anschließend erstklassige, handelbare Papiere im Wert von 2,1 Milliarden Euro im Portefeuille, zu einem Zinssatz, der deutlich über den deutschen lang laufenden Staatsanleihen liegt. So bleibt Retten weiterhin ein gutes Geschäft für die Beteiligten, auch wenn die Gewinnspannen gegenüber dem vorherigen Zeitraum schrumpfen. Wie sagt doch zutreffend der Chef des Euro-Rettungsfonds (EFSF), Klaus Regling: *»Na gut, das ist entgangener Gewinn, aber noch lange kein Verlust.«* [2]

17. Juli 2011 ■

1 Unter der bezeichnenden Überschrift »Rendezvous mit der Wirklichkeit«.

2 Im Interview zur Schuldenkrise in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 17. Juli 2011

Nachtrag

Josef Ackermann konnte höchst zufrieden sein. Der Deutsche Bank-Chef und Chef-Lobbyist des internationalen Finanzverbands Institute of International Finance (IIF), dem die 400 wichtigsten Banken und Versicherungen aus der ganzen Welt angehören, hatte zusammen mit dem Vorstandschef der französischen Großbank BNP Paribas die Teilnehmer des Brüsseler Sondergipfels beraten. Mit den Worten eines Beobachters: *»Es gibt keinen politischen Lösungsvorschlag, an dem die führenden Geschäfts- und Investmentbanken nicht mitgewirkt haben.«*

Die privaten Finanzinstitute sind auch die wahren Gewinner bei dem Spiel Griechenland-, Irland- und Portugal-Retten. Nach Vorgaben von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy beschlossen die europäischen Regierungen faktisch den Einstieg in eine gemeinschaftliche europäische Kreditaufnahme (Eurobonds) durch den (vorläufigen) Europäischen Rettungsfonds EFSF, der von 2013 an durch den (permanenten) Fonds ESM abgelöst werden soll. Der Fonds tauscht den privaten Gläubigern die fälligen griechischen Staatsanleihen gegen einen vergleichsweise geringen Abschlag auf den Nennwert von 21 Prozent gegen eigene Papiere mit einem Zinssatz von 3,5 Prozent um, die von den Mitgliedsstaaten garantiert werden. Das klingt erst einmal nicht besonders berauschend, ist es aber, wenn man berücksichtigt, dass viele der Gläubiger die von ihnen gehaltenen Papiere zu nur 40 bis 60 Prozent des Nennwerts an der Börse gekauft haben, und allein dadurch schon beim Umtausch einen Gewinn von 20 bis 40 Prozent einstecken können. Dazu kommt, dass die griechischen Staatsanleihen mit zwischen 8 und 15 Prozent weit überdurchschnittlich verzinst werden (die Zinsen für die 10-jährige Bundesanleihe lagen gerade einmal bei 2,6 Prozent) und dass diese Papiere bis zum Zeitpunkt ihres Umtauschs nunmehr faktisch garantiert und somit sicher sind. Außerdem ziehen nun die Kurse der griechischen Papiere wieder kräftig an, nachdem das Ausfallrisiko gegen Null geht. Die „Beteiligung" der privaten Gläubiger, also der Privatbanken und Versicherungen, an der »Rettung«, die bis 2014 mit bis zu 50 Milliarden Euro angesetzt wird, ist zum größten Teil ein Rechentrick, ein Gauklerspiel, mit dem die Öffentlichkeit beruhigt werden soll. Die Berechnung geht von den nominellen Werten der Griechenland-Anleihen aus, nicht von den sehr viel niedrigeren Kurswerten, zu denen die heutigen Halter die Papiere erworben hatten, oder sie berücksichtigt nicht die bereits vorgenommenen Wertberichtigungen in den Büchern der Finanzinstitute.

Das Risiko für den Ausfall der Rückzahlung tragen jetzt die Garanten des Rettungsfonds, also die Steuerzahler der beteiligten Staaten. Dieses Risiko ist nicht geringer geworden. Denn wenn die griechische Wirtschaft sich nicht erholt und nicht hohe Zuwachsraten über Jahre hinweg erzielt, ist nur schwer vorstellbar, wie der Staat die fälligen Zinsen samt Tilgung stemmen sollte.

Heute kann man aber schon sagen, dass die Schuldenkrise den Weg zu einer »europäischen Wirtschaftsregierung« vorbereitet, zu einer weiter gehenden Integration der europäischen Staaten und Eingriffen in das Budgetrecht der nationalen Parlamente der Euro-Staaten durch den Euro-Rettungsfonds führen wird. Die herrschenden Klassen aller Euro-Staaten haben nun mit Taten gezeigt, dass sie den Euro-Raum erhalten und weiter entwickeln wollen, auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen und auch um den Preis einer kollektiven Haftung innerhalb des Verbundes, die sie zuvor mit Worten stets abgelehnt hatten.

23. Juli 2011 ■

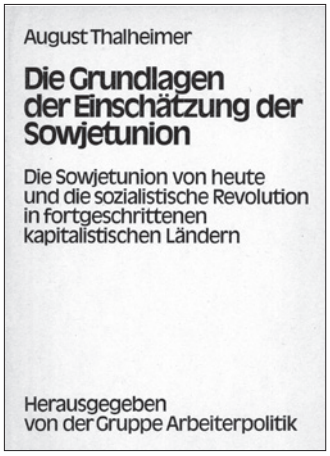
Zur vorherigen Ausgabe der »Arbeiterpolitik«:

Die noch kurz vor der Hamburg-Wahl (20. Februar) stattgefundene heftige Diskussion zur Schulpolitik im Stadtstaat (»Gegen die Wand gefahren« in Arpo Nr. 1/Februar 2010) wird im Artikel »Zur Wahl in Hamburg 2011« auf Seite 28 (in Heft 2/2011) nicht mehr erwähnt. Dazu: Die Schulpolitik hat im Wahlkampf tatsächlich keine Rolle mehr gespielt, weil alle Parteien und die GEW zuvor ein Stillhalte-Abkommen schlossen: 10 Jahre soll »Schulfrieden« herrschen. Darüber hinaus entschuldigen wir uns für die nicht sorgfältige redaktionelle Bearbeitung des Artikels, die sich in stehen gebliebenen Korrekturangaben ausdrückt.

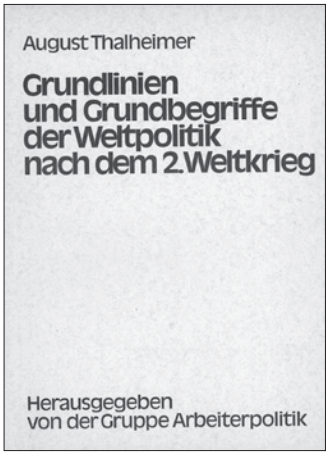
Die Redaktion

Faschismus in Deutschland I
Analysen und Berichte der KPD-O von 1928 – 1933,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR

Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948,
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992
460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion
1946, Gruppe Arbeiterpolitik
43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg
32 Seiten A5 | 1,50 EUR

Für das Gute – Gegen das Böse

■ BUCHBESPRECHUNG

Hermann Scheer: *Der energethische Imperativ: 100 Prozent. Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist, Verlag Antje Kunstmann GmbH 2010*

Als Hermann Scheer ab 1967 in Heidelberg studierte, organisierte sich dort die studentische radikale Linke im Sozialistischen Heidelberger Studentenbund (SHS), dem nordbadischen Ableger des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Der Leutnant der Reserve, Hermann Scheer, allerdings positionierte sich auf dem linken Reformflügel der Jusos, wurde Vorsitzender des baden-württembergischen Landesverbands und im Jahr darauf stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. Seit 1980 war Scheer stets über die baden-württembergische SPD-Landesliste als Abgeordneter in den Bundestag gewählt worden. Nach den hessischen Landtagswahlen 2008 sollte er in einem Kabinett der designierten, dann jedoch gescheiterten SPD-Ministerpräsidenten-Kandidatin Andrea Ypsilanti Wirtschaftsminister werden. Mitte Oktober 2010 starb Hermann Scheer im Alter von 66 Jahren.[1]

Anders, als viele der heutigen parlamentarischen Galionsfiguren der Ökobewegung, die auf dem Umweg über K-Gruppen und -Parteien zu den Grünen kamen, war Scheer von Anfang an kämpferischer Reformer, linksbürgerlicher Politiker. Das legt die Frage nahe, warum sein Buch in einer kommunistischen Zeitschrift besprochen wird. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen ist es streckenweise eine exzellente Darstellung der Kontroverse über erneuerbare Energien sowie deren aktuelle Verbreitung. Dies bereits würde reichen, um das Buch an der Materie interessierten Lesern zu empfehlen. Darüber hinaus öffnet es die Augen für die Stärken wie die Schwächen der linksbürgerlichen Kritik an der Energiepolitik und ist insoweit für die politische Auseinandersetzung mit der Öko-Bewegung nützlich. Doch zunächst zu den Stärken des Werkes:

Die erneuerbaren Energien (e.E.) könnten zum großen Teil örtlich oder regional produziert werden, sie könnten die Grundversorgung mit elektrischem Strom und z.T. auch Wärme sicher stellen. Nationale oder transnationale Leitungsnetze würden dann anfallenden Mehrbedarf abdecken oder eventuelle örtliche oder regionale Produktionsausfälle ausgleichen. Die technische Machbarkeit des Umstiegs auf die e.E. sieht Scheer als gegeben an, es komme darauf an, den Umstieg gegen den Widerstand der großen Energiekonzerne und ihre Helfer in den Medien und der Politik durchzusetzen. Ein „affirmativer Expertenpessimismus“ habe sich schon in der Vergangenheit häufig genug als kurzsichtig und falsch herausgestellt: So beim Telefon, dem Flugverkehr, dem Tonfilm oder dem PC, wo bei deren Einführung seinerzeit anerkannte Experten diesen Technologien keine Zukunft zugestehen wollten. Dies treffe auch auf die e.E. zu, wo *»selbst die Prognose des deutschen Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE), der zu den aktiven Vorreitern gehört«*, zurückhaltender sei, als sie sein könnte. Die Erzeugung der e.E. sei so kleinräumig und mit solch geringem Kapitaleinsatz möglich, dass es die Endverbraucher und die Kommunen in hohem Maße in ihren eigenen Händen hätten, den Umbau der Energieversorgung zu finanzieren und durchzusetzen.

Die großen Energiekonzerne seien die Hauptgegner des Wechsels. Die neuen Techniken entwerteten deren gesamte Wertschöpfungskette, angefangen von den Förderanlagen für die fossilen Energieträger über die Transportwege bis hin zu den Großkraftwerken und den Leitungsnetzen. Wenn heute Konzerne wie E.ON, RWE oder EnBW sich als Förderer der e.E. darstellten, so täten sie dies nur, um das unvermeidliche Voranschreiten der e.E. hinter den Kulissen zu verhindern, zu verschleppen oder unter die eigene Kontrolle zu bringen. Scheer: *»Der neue Konsens über erneuerbare Energien ist ein Scheinkonsens.« »Ein schneller Energiewechsel, der objektiv möglich ist, erscheint konventionellen Energiekonzernen … unmöglich – und ist es aus ihrer Sicht auch, wenn sie Kapitalvernichtung vermeiden wollen.«*

Als ein wesentliches Element der Vermeidungs- oder Verzögerungsstrategie sieht der Autor den Ruf nach dem Energiekonsens: *»Der politische Raum ist der Hauptkampfplatz dieses strukturellen Energiekonflikts, was nicht zu trennen ist von dem Kampf um die öffentliche Meinung. Jeder Ruf nach einem Energiekonsens … läuft auf einen quotierten und damit begrenzten Beitrag der erneuerbaren Energien hinaus.«*

Auch auf der internationalen Ebene hält Scheer nichts von bindenden Vereinbarungen. Die Ausgangslagen der beteiligten Länder seien zu unterschiedlich; die dadurch nötigen Kompromisse hinderten alle, die heute schon den 100 Prozent-Umstieg angehen könnten, weil sie auf unabsehbare Zeit auf die Nachzügler warten müssten. Von den Weltklimakonferenzen seien keine Impulse zu erwarten. So werde nur kostbare Zeit vertan. Auch die Konzentration auf CO^2-Reduzierung und der daraus folgende Emissionshandel seien kontraproduktiv und nützen letztlich nur den konventionellen Energieproduzenten.

Wenn eine Übergangstechnologie für den Umstieg auf die e.E. erforderlich sei, so seien die Blockheizkraftwerke

1 Biographische Angaben entnommen bei Wikipedia.

ein Paradebeispiel hierfür, nicht jedoch Atomkraftwerke, für die er auch eine mehr oder weniger verdeckte militärpolitische Motivation sieht.

Scheer ist strikt gegen einen planwirtschaftlichen Ansatz in der Energiepolitik und lobt die Marktmechanismen, die er als Verbündete der e.E. sieht. Gleichwohl reklamiert er Subventionen der öffentlichen Hände auch für die Einführung der e.E., denen er die gigantischen Subventionen und Privilegien für die konventionellen Energieproduzenten entgegen stellt. Als Bundestagsabgeordneter war Scheer maßgeblich an der parlamentarischen Initiative zur Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beteiligt, dessen Auswirkungen er lobt: „Das EEG … hat eine Industrialisierung der Technologien erneuerbarer Energien ausgelöst, die die Kosten gesenkt und auch in Ländern wie den USA, China, Indien, Japan und weiteren Ländern die Produktion aufgebaut hat, weil die entsprechenden Technologien auf dem schnell wachsenden deutschen Markt und in anderen Ländern angeboten werden konnten, die mit analogen Gesetzen nachfolgten." Das EEG habe zwischen 2001 und 2010 in Deutschland Investitionen in Anlagen für e.E. in Höhe von 96 Mrd. Euro ausgelöst. Demgegenüber hätte die Investitionssumme für konventionelle Großkraftwerke im selben Zeitraum unter zehn Mrd. Euro gelegen. Subventionen für Produzenten wie Anwender der e.E. stellten letztendlich nur Wettbewerbsgleichheit mit den konventionellen Erzeugern her.

Großtechnische Lösungen beim Wechsel, wie etwa das Desertec- oder das Nordsee-Windkraft-Projekt, hält Scheer aus vielerlei Gründen entweder für illusorisch oder für fehl- und überdimensioniert. Sie seien nur der Versuch, die wirtschaftliche und politische Macht des bestehenden Energie-Oligopols unter veränderten Vorzeichen zu erhalten und auszubauen.

Im II. Teil seines Buches werden hauptsächlich die bereits vorgetragenen Thesen und Argumente in modifizierter Weise wiederholt und ausgemalt.

Scheer hat das Werk als Politiker verfasst, nicht als Analytiker. Er will seine Position unter den von ihm bejahten gegebenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen umsetzen. Er sucht (und findet) Verbündete, und denen will er mit seiner Erfahrung und seinen Argumenten helfen. Das mag und sollte ihm mit diesem Buch ebenso gelingen, wie mit seinen vorangegangenen Publikationen. Aus kommunistischer Sicht wäre das begrüßenswert. Kommunisten sind gegenüber den Lebensbedingungen im Kapitalismus nicht indifferent – auch für uns gibt es hier ein Besser und ein Schlechter. Aber wir lassen uns nicht für die Ziele der Industrie bzw. bestimmter Fraktionen in Wirtschaft und Politik einspannen.

Ein wichtiger Mangel bei dem Blick auf die Energiewirtschaft liegt bei Scheer darin, dass er diese Industrie isoliert betrachtet. Seitdem die große Industrie die Dampfmaschine aus ihren Fabrikhallen verbannte, war sie von ausreichender und zuverlässiger Lieferung von Energie von außerhalb angewiesen. Diese Energie war in Krieg und Frieden unverzichtbar für den Produktionsprozess. Ihr jederzeitiges Vorhandensein und ihre preisgünstige Erzeugung sind für jeden Unternehmer selbstverständlich. Im übrigen hat sich die Energieerzeugung zu einer eigenständigen Industrie entwickelt, die den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten aller anderen Industrien im Kapitalismus folgt. Also hat es auch hier eine Zentralisation und Konzentration des Kapitals gegeben – immer weniger maßgebliche Eigentümer besitzen immer größere Konzerne. Die politische Privilegierung und Subventionierung der Energiekonzerne, die Scheer wiederholt anspricht, ist in der Produktionskette natürlich auch eine Subventionierung der übrigen Unternehmer: einmal, weil der von ihnen in der Produktion benötigte Strom dadurch billiger wird; zum andern, weil der Strom als Existenzmittel auch der lohnabhängigen Bevölkerung in die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft einfließt und der Strompreis somit die Lohnhöhe mit beeinflusst.

Scheer versteht sich – mit moralischem Anspruch, wie der Titel seines Buches zeigt – als Verteidiger des gesellschaftlichen Gesamtinteresses gegen die Nutznießer der fossilen Energien und deren Verbündete. Dieses Gesamtinteresse kann innerhalb der kapitalistischen Ordnung immer nur das Gesamtinteresse der bürgerlichen Klasse sein. Das sieht der Autor durchaus und ist daher bemüht, die Durchsetzung der e.E. auch im Interesse der Wirtschaft als gegenwärtig möglich und zwingend aufzuzeigen. Gleichzeitig schreibt er das Buch als Aufforderung an kritische Menschen, sich am Kampf gegen das mächtige Energie-Oligopol zu beteiligen und sich als „Systemveränderer" zu betätigen. Der Kritik an der kapitalistischen Ausbeutung der Natur und der Menschen wird die Spitze genommen, der Protest wird gegen einen isolierten Aspekt der kapitalistischen Produktion gerichtet. Für Scheer liegt das taktische Kalkül sicherlich darin, dass er keine Notwendigkeit sieht, die gesamte Industrie gegen sich und die von ihm gewollte Energiewende aufzubringen. Im Gegenteil, er versucht, alle, die nicht an die Wertschöpfungskette der konventionellen Energieproduzenten gefesselt sind, in sein Boot zu ziehen. Indem er sich gleichwohl als „Systemveränderer" darstellt, spricht er vor allem junge und kritische Menschen an, die sich mit den Folgen der kapitalistischen Produktionsweise für die Gesellschaft und die Natur auseinander setzen. Ihnen suggeriert er ein Betätigungsfeld, das von der technischen Seite aus vielfältig und interessant ist, das örtliche wie überörtliche Aktionsmöglichkeiten bietet und das bei aller Radikalität dennoch hier und heute realisierbar erscheint.

Wahrscheinlich ist es so, dass es wirklich nicht (mehr) um das ob, sondern nur noch um das wann und wie der Energiewende geht. Es hat im Kapitalismus immer auch Strukturwandel in der Industrie gegeben – Scheer führt ganz zutreffend den Niedergang der Schreibmaschinen-Produzenten (übrigens auch aller anderen Hersteller mechanischer Büromaschinen) durch den Siegeszug des PC als neuestes Beispiel an. Angesichts der noch zu erwartenden Preissteigerungen bei den fossilen Energieträgern werden die e.E., deren Produktionskosten fortlaufend sinken, ihren Siegeszug machen. Aber der Klassencharakter dieser Gesellschaft führt dazu, dass es zu Entschädigungen für die Eigner der konventionellen Energiekonzerne kommen wird, die von den Lohnabhängigen über den Energiepreis oder über Steuern bezahlt werden. Dass die Unternehmer politische Entscheidungen, die ihr Kapital entwerten, nicht einfach hinnehmen, ist in neuester Zeit an den Prozessen ersichtlich, die E.ON stellvertretend für die Atomwirtschaft anstrengt, um möglichst hohe finanzielle Kompensationen für die Stilllegung der Atomanlagen durch das Ausstiegsgesetz zu erreichen.[2] Auch der mehr oder weniger schnelle Umstieg auf die e.E. hätte eine gigantische Kapitalentwertung zur Folge. Dass Scheer diesen wichtigen Aspekt des Umstiegs nur beiläufig erwähnt, ist bedauerlich, aber eine Konsequenz seiner politischen Haltung. So wie es eine Folge unserer politischen Einstellung ist, diese Frage sehr wichtig zu nehmen.

17. Juli 2011 ■

2 Der Gang vor Gericht ist in der Tat ein Element der Kompromissfindung in solchen und ähnlich gelagerten Fällen, wo der Weg zu einer politischen Lösung verbaut erscheint. Die Gerichtsurteile liefern dann Kriterien, an denen sich die streitenden Parteien orientieren können.

■ NICHT NUR EINE FACEBOOKREVOLTE SONDERN AUCH EINE AUFSTAND DER ARBEITER/INNEN:

Material zur Rolle der Arbeiterklasse in Ägypten

Nachdem wir in den letzten Ausgaben der Arbeiterpolitik grundsätzlicher zu den Entwicklungen in Nordafrika Stellung bezogen haben, wollen wir mit folgenden Material Informationen zur Rolle der ägyptischen Arbeiterbewegung zur Verfügung stellen. Wir beginnen mit einem leicht gekürzten Interview. Das Gespräch wurde von zwei Freunden der klassenlosen Gesellschaft im Frühjahr 2011 in Kairo geführt. Wir danken für die Möglichkeit des Nachdrucks. Es folgen zwei Artikel: Zu den Forderungen der ägyptischen Arbeiterbewegung und über den Kampf für unabhängige Gewerkschaften

Zur Revolution in Ägypten

Interview mit Jano Charbel, einem Kairoer Journalisten, der über Arbeitskämpfe berichtet und sich als Anarchosyndikalist bezeichnet

Wie würdest du die Klassenzusammensetzung des Aufstandes beschreiben? Und inwiefern war der Unmut über die ökonomische Situation eine Triebfeder, auch wenn politische und weniger ökonomische Forderungen im Mittelpunkt standen?

Der Aufstand begann, wie weithin bekannt ist, am 25. Januar. Das ist Ägyptens Polizeitag. [...] Am 25. war es in erster Linie die Jugend, die auf die Straße gegangen ist, obwohl auch ältere Leute dabei waren, aber die waren nicht in der Mehrheit. Die Proteste, zu denen auf Facebook aufgerufen worden war, fanden in Städten im ganzen Land statt. Ich war zu diesem Zeitpunkt in Alexandria, und dort haben etwa 20.000 Menschen demonstriert, aber die Zahlen in Kairo waren viel höher, aber da ich nicht dort war, kann ich nicht wirklich von der Zusammensetzung der Demonstranten am ersten Tag erzählen. Als ich um 1 Uhr morgens in Kairo ankam, war der Tahrir-Platz bereits geräumt, aber es haben noch mehr als 10.000 Leute demonstriert, da dachte ich: Das ist etwas ganz Großes. Ich hatte so große Proteste seit dem Krieg gegen den Irak nicht mehr gesehen.

Die meisten Parolen richteten sich gegen die Regierung, einige hatten wir aus Tunesien importiert, zum Beispiel *»Das Volk will den Sturz der Regierung«*. [...] Eine weitere Parole lautete *»Hier ist Mohammed mit Younis«* -das heißt, Christen und Moslems vereinigt – *»morgen wird Ägypten sein wie Tunis«*. Deshalb denke ich, die Triebfeder und die Inspiration kamen aus der tunesischen Revolution. Den Ägyptern wurde klar: Wir können das gleiche machen, wir können den Diktator, der das Land seit 30 Jahren regiert, loswerden, und mit diesem Diktator das ganze Regime, das ganze korrupte, repressive System kann abgeschafft werden; genau wie in Tunesien. [...]

Die Ägypter wurden selbstbewusster und militanter, nachdem sie gesehen hatten, dass es anderen Arabern (den Tunesiern) gelungen war, eine Regierung zu stürzen, die ähnlich repressiv, korrupt, diktatorisch, proimperialistisch ist und vom Westen gestützt wird – genau wie das Mubarak-Regime bei uns. Dennoch waren alle überrascht, von der Anzahl von Leuten, die auf den Straßen in Städten im ganzen Land auftauchten – in Alexandria, Kairo, Suez, Mahalla, Mansoura, und so weiter.

Es gab also schon zu Beginn Proteste in Mahalla, das heißt Arbeiterproteste?

Ich war während des 18-tägigen Aufstandes nicht in Mahalla, aber es stimmt, dass das eine Industriestadt ist; Berichten zufolge haben sich an den Protesten dort unter anderem Arbeiter, Studenten, Akademiker, Bauern und Arbeitslose beteiligt. Mahalla ist auch deswegen wichtig, weil es dort am 6. und 7. April 2008 einen historischen Aufstand gab, der in erster Linie von Leuten aus der Arbeiterklasse, arbeitslosen Jugendlichen, den städtischen Armen und anderen marginalisierten Teilen der Gesellschaft, geführt wurde.

Vor diesem Volksaufstand hatte eine beispiellose Streikwelle das Land erfasst – ausgelöst durch den Textilarbeiterstreik in Mahalla im Dezember 2006. Der Erfolg dieses Streiks hat die ägyptische Arbeiterklasse dazu ermutigt, ihre Rechte einzufordern – ihre politischen wie ihre sozioökonomischen Rechte. Ein anderer Vorläufer war der 12. Dezember 2004, als ungefähr 300 Leute zum ersten Mal öffentlich gegen Mubarak protestiert haben. Das war bis dahin unerhört. Davor hat es niemand gewagt, *»Nieder, nieder mit Hosni Mubarak«* auf den Straßen zu rufen; hätte man

das getan, wäre man sehr wahrscheinlich verschwunden, und niemand hätte mehr etwas von einem gehört oder gewusst, wo man ist. [...]

Würdest du also sagen, dass die neue Streikbewegung entscheidend war für den späteren Sturz Mubaraks?
Ich meine, wenn die Streiks nicht gewesen wären, hätte Mubarak darauf setzen können, dass die Proteste im Sand verlaufen. Die Regierung hatte ihre gesamte Propagandamaschinerie in Gang gesetzt – über das staatliche Fernsehen, Radio und die Zeitungen – um das Bild des Aufstandes zu verzerren und ihn zu schwächen. Und sie haben die Medien sehr effektiv eingesetzt, um Angst im Volk zu schüren.

[...] Ohne die Streiks hätte Mubarak an der Macht bleiben können, nicht auf unbestimmte Zeit, aber mindestens sechs Monate lang – bis zum Ende seiner Amtszeit. Und er hätte seinen Sohn Gamal auf den Thron setzen, das Regime erhalten können. Dann hätte es zwar sehr lautstarke Proteste gegeben, aber ohne letztlich etwas zu erreichen. Ich glaube also, die Streiks waren Dreh- und Angelpunkt des Aufstands.

Wie groß waren die Streiks? Wie 2008 oder sogar größer?
Die jetzigen sind wohl größer als 2008. Die Streikwelle, die im Dezember 2006 angefangen hatte, war Ende 2010 am Verebben [...]. An ihrem Wiederanstieg während des Aufstandes – am 8. Februar 2011 – waren auch wichtige wirtschaftliche Sektoren beteiligt. Arbeiter aus dem öffentlichen Verkehr haben gestreikt, während Tausende andere Arbeiter protestiert und damit gedroht haben, den gesamten Suezkanal zu bestreiken – und der ist eine der Haupteinnahmequellen Ägyptens.

Diese Streiks haben die Regierung mehr unter Druck gesetzt als alles andere – mit Protesten auf der Straße kann man umgehen, aber wenn es massive Proteste auf der Straße und Streiks der Arbeiter gleichzeitig gibt, dann steckst du richtig in der Scheiße.

Arbeiterkämpfe im Vorfeld der Revolution

Wie würdest du die Entwicklung der Situation der Arbeiter in letzter Zeit beschreiben?
Ich würde sagen, dass der Auslöser der Streikwelle von 2006 die Gewerkschaftswahlen im Oktober und November 2006 waren – landesweite Wahlen, die alle fünf Jahre stattfinden. Und die Wahlen 2006 waren wohl die [...] undemokratischsten und betrügerischsten Wahlen aller Zeiten – über 20.000 Arbeiter wurden daran gehindert, zu kandidieren oder sich selbst zu nominieren.

Aber die offizielle Gewerkschaft wurde doch schon immer vom Staat kontrolliert, was für einen Unterschied hat das dann noch gemacht?
Ja, aber die Wahlen 2006 haben nochmal vor Augen geführt, dass der Gewerkschaftsbund ganz und gar nicht die Interessen der Arbeiter vertritt, dass all seine Teilorganisationen von den lokalen Ausschüssen über die Einzelgewerkschaften bis hin zum Rat des Ägyptischen Gewerkschaftsverbandes (ETUF) Vertreter der Regierungspartei, des Kapitalinteresses sind. Das sind alle Mubaraks Männer, Lieblinge der Regierung.

Nach den Ergebnissen dieser manipulierten Gewerkschaftswahlen kam es im Dezember 2006 zum Streik bei der staatlichen Mahalla Textile Company, die damals etwa 27.000 Arbeiter beschäftigt hat. Sie konnten einige ihrer Forderungen durchsetzen; sie hatten auch ein Misstrauensvotum gegen den lokalen Gewerkschaftsausschuss gefordert, weil der sie nicht repräsentierte, und fingen an, Unterschriften für seine Amtsenthebung zu sammeln.

In den Verhandlungen mit dem vom Staat gelenkten ETUF und seiner Allgemeinen Textilarbeitergewerkschaft konnten sie die Vereinbarung erreichen, dass ein provisorischer Gewerkschaftsausschuss die Angelegenheiten der Arbeiter regelt. Die Gewerkschaft hat den offiziellen Gewerkschaftsausschuss zwar nicht als illegitim betrachtet, aber den Arbeitern erlaubt, einen neuen provisorischen Ausschuss zu wählen.

Ähnliche Forderungen wurden dann auch von anderen Textilarbeitern erhoben, unter anderem in der staatlichen Textilfabrik Kafr el-Dawwar und bei Shebin el-Kom – beides sehr große Firmen im Nildelta. Shebin el-Kom war privatisiert, also waren die Forderungen dort auch andere, aber in allen drei Firmen wurde die Absetzung des örtlichen Gewerkschaftsausschusses verlangt, da sie undemokratisch gewählt waren und sie nicht repräsentierten. [...]

Rechtlich gesehen waren das also wilde Streiks? [...]
Sie wurden nicht von der Staatsgewerkschaft genehmigt, deshalb wurden sie als wilde Streiks angesehen. Die Streikwelle hatte Auswirkungen auf alle Sektoren der Wirtschaft und Gesellschaft – im öffentlichen Sektor, der Privatwirtschaft und in privatisierten Betrieben, überall fingen sie an, für ihre Rechte zu streiken. Den Arbeitern wurde bewusst, dass die Obrigkeit unsere Forderungen nicht aufnimmt, wenn wir nur außerhalb der Arbeitszeiten protestieren oder Unterschriften sammeln. Die Macht des Streiks setzt die Obrigkeit unter Druck, auf die Forderungen von Arbeitern einzugehen.

Als ich über verschiedene Streiks berichtet habe, ist mir aufgefallen, dass alle meinten: *»Warum Mahalla und wir nicht? Warum werden ihre Rechte beachtet, aber unsere nicht? Wir müssen auch streiken.«* Das führte also zu einer enormen Streikwelle vom Dezember 2006 bis heute, das ist seit 1947 beispiellos. Von den 1950ern bis 2009 waren die Gewerkschaften komplett unter der Kontrolle von Vertretern des herrschenden Regimes. Arbeiter, die dieses System angeprangert haben, wurden entweder aus den Gewerkschaftsausschüssen entfernt oder daran gehindert, wieder anzutreten, und manchmal sogar eingesperrt.

So fing im Dezember 2006 eine neue Ära von Streiks und Protesten an; und das war sehr wichtig im Vorlauf zur Revolution. Die Arbeiter fingen an, sich über Korruption, Privatisierungen und die Misswirtschaft von staatlichen Unternehmen durch korrupte Beamte zu beschweren. Tausende Arbeiter beklagen, dass es eine systematische Kampagne vonseiten des herrschenden Regimes gab, staatliche Firmen unrentabel zu machen, um sie zu privatisieren und dadurch illegal Geld zu verdienen. [...] Mit der Öffnung von Märkten durch Privatisierungsprogramme ging der Staat zu einem neoliberalen Kapitalismus über. Da fingen korrupte Beamte an, Millionen, wenn nicht gar Milliarden einzustreichen. Und natürlich gibt es ohne ein demokratisches System weder Rechenschaftspflicht noch Transparenz – also bleibt die Korruption unhinterfragt, sie wird zur Norm.

Eine konservative deutsche Zeitung hat einen interessanten Bericht über Mahalla veröffentlicht. Da sagt der Besitzer einer privaten Fabrik, dass er den Streik in Mahalla unterstützt, weil die Arbeiter in den staatlichen Fabriken einen geringeren Lohn erhalten als er seinen Arbeitern zahlen muss. Anders formuliert: Sinken die Löhne notwendigerweise, wenn Firmen privatisiert werden, oder geht es mehr um Entlassungen?
Im Allgemeinen – aber nicht in allen Fällen – erhalten Arbeiter in der Privatwirtschaft höhere Löhne. Aber das heißt nicht, dass sie mehr Rechte hätten. Ganz im Gegenteil – die meisten Gewerkschaften findet man in staatlichen

Arbeiterdemonstration in in Mahalla

Verteidigung des Tahir-Platzes

Firmen und die meisten Zeitarbeiter im privaten oder im informellen Sektor. Man kann also einen höheren Lohn in der Privatwirtschaft kriegen, aber man hat normalerweise keine Gewerkschaft, möglicherweise auch keine Altersvorsorge und weniger Sicherheit, da man jederzeit entlassen werden kann. Arbeiter, die versuchen, sich zu organisieren, in Gewerkschaften einzutreten oder zu streiken, werden mit größter Wahrscheinlichkeit gefeuert. Es gibt generell weniger Rechte für Arbeiter in der Privatwirtschaft, etwa das Recht, sich zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen.

Zeit- und Akkordarbeit sind auch im öffentlichen Sektor verbreitet, aber in der Privatwirtschaft noch viel mehr. Die Arbeiter werden gezwungen, undatierte Kündigungsschreiben zu unterzeichnen, sodass der Arbeitgeber jederzeit ein Kündigungsdatum eintragen kann. Die Arbeiter sind schutzlos und haben keine Gewerkschaft, um ihre Rechte zu verteidigen. Es werden ihnen regelmäßige oder jährliche Zulagen verweigert, sie haben kein Recht auf Gesundheitsversorgung, auf Transportmöglichkeiten, auf Wohnung, auf Altersvorsorge. In der Regel werden ihnen die grundlegendsten Arbeitnehmerrechte verweigert.

Würdest du sagen, dass der arbeitslose oder im informellen Sektor beschäftigte Teil des Proletariats gewachsen ist? [...]
In den meisten Fällen, die mir bekannt sind, kauft der Privatsektor staatliche Unternehmen auf. Er gründet normalerweise keine neuen, sondern übernimmt Firmen, die gescheitert sind. [...] Das war bei der Textilfirma Shebin e-Kom der Fall und bei zahllosen anderen Unternehmen, die unrentabel gemacht wurden. Also entschied das Mubarak-Regime, sie an Investoren zu verkaufen. Ich bin nicht der Meinung, dass der Privatsektor neue Arbeitsplätze schafft. Im Gegenteil: Wenn sie staatliche Firmen aufkaufen, entlassen sie oftmals Tausende Arbeiter.

Also ist die Arbeitslosigkeit heute ein größeres Problem als zum Beispiel vor 20 Jahren?
Wir haben keine zuverlässigen Statistiken über Arbeitslosigkeit. Das Mubarak-Regime hat von 7 Prozent gesprochen, aber jeder konnte mit eigenen Augen sehen, dass das komplett falsch war. [...] Verarmte ländliche Familien sind massenhaft in die städtischen Slums gezogen, wo sie zum Betteln gezwungen sind und höchstens saisonal Arbeit haben. Die stehen auf den Bürgersteigen der Großstädte Schlange und warten darauf, dass sie von Bauunternehmern angeheuert werden. Und dann gibt es noch den informellen Sektor, der mehr als ein Drittel der Wirtschaft ausmacht und durch Stücklohn, Saisonarbeit und unregelmäßige Beschäftigung geprägt ist.

Zur Entwicklung der ägyptischen Wirtschaft gibt es unterschiedliche Aussagen: die einen sprechen von einem starken Wachstum, die anderen führen solche Statistiken eher auf verfälschte Zahlen zurück. Wie siehst du das und wie würdest du das allgemeine ökonomische Klima im Land beschreiben? [...]

Da ich kein Ökonom bin, ist es schwer, die Frage im Detail zu beantworten. Einerseits, klar, die Wirtschaft wächst, ausländische Direktinvestitionen nehmen zu, die Aktienkurse sind gestiegen und die Unternehmer sehr zufrieden. Aber all das übersetzt sich nicht in einen wachsenden Wohlstand der Arbeiter. Letztendlich ist es die Regierung, die ihre verzerrten Zahlen für das Bruttoinlands- und Sozialprodukt liefert.

Seit den 1980ern ist der Mindestlohn mit 35 Pfund ($ 6) unverändert geblieben. Erst letztes Jahr wurde dieser unrealistische Betrag, von dem sich nicht mal eine Einzelperson ernähren kann, angehoben, als eine NGO für Arbeiter dagegen geklagt hat. Es wurden rechtliche Schritte und Berufungsklagen vor dem Verwaltungsgericht eingelegt mit dem Ziel, den Mindestlohn auf 1.200 Pfund ($ 200) anzuheben. Das Gericht hat einer Anhebung zugestimmt, und die Nationale Lohnkommission – eine von der Regierung kontrollierte Einrichtung – hat den Mindestlohn dann auf 400 Pfund ($ 70) festgesetzt, was immer noch unrealistisch niedrig ist. Sogar der ETUF lag hier bei 500 Pfund. [...]

Seit Dezember 2006 fordern tausende von Arbeitern einen monatlichen Mindestlohn von 1.200 Pfund für alle Sektoren. Mit dem Beginn des Aufstands ist diese soziale Forderung, obwohl sie weiter populär war, leider etwas in den Hintergrund geraten, zugunsten der dringenden politischen Forderungen. Formuliert wurde sie vor allem von den Arbeitern selbst und von Jugendlichen, die Verbindungen zu Arbeiterinitiativen haben.

Aber, klar, die Hauptforderung war der Sturz Mubaraks, die Absetzung und strafrechtliche Verfolgung seiner Minister, die Auflösung des staatlichen Überwachungsapparats, der Kampf gegen die Korruption und so weiter. Die Forderungen des Aufstands waren primär politisch, nicht sozial oder ökonomisch. Und seit der Revolution verbreiten die staatlichen Medien Propaganda nach dem Motto: *»Dies ist keine Zeit für Streiks. Die Revolution war erfolgreich und ist nun zu Ende. Zurück an die Arbeit, sonst schadet ihr der Volkswirtschaft.«* Die haben sogar behauptet, dass die Arbeiterstreiks Teil der Konterrevolution seien. [...]

Wenn die Arbeiterstreiks nicht gewesen wären, dann wäre Mubarak noch an der Macht. Schon vor der Revolution waren die Arbeiter der lautstärkste und am besten organisierte Teil der Zivilgesellschaft, die einflussreichste und stärkste soziale Bewegung in Ägypten. Und jetzt behaupten staatliche Medien, die Interimsregierung und der Militärrat, dass die Streiks Teil der Konterrevolution seien.

Die »Kommune vom Tahrir-Platz«

Zurück zur Revolution. Wie war die organisiert? Es heißt immer, dass Parteien und Gruppierungen keine Rolle gespielt haben, »die Leute« hätten das in die Hand genommen. Einige sprechen sogar von der »Kommune vom Tahrir-Platz«.

Um diese Kommune zu verstehen, muss man zurückgehen und sich ansehen, wie die Arbeiter ihre Streiks organisieren, bei denen sie manchmal wochen- oder auch monatelang kein Einkommen haben. Wenn sie in den Streik treten, bringen sie ihre Familien mit, um die Fabriken zu besetzen. Die Familien bündeln dann ihre Ressourcen und sind so in der Lage, die Arbeiter ausreichend mit Nahrung zu versorgen. Das Gleiche ist auf dem Tahrir-Platz passiert. Alles war auf diese gemeinschaftliche Art organisiert.

Die Familien schlafen also in den Fabriken?

Manchmal schlafen sie zuhause, manchmal nehmen die Arbeiter sie mit an den Ort des Protests. Und das ist auch auf dem Tahrir-Platz geschehen: Die haben ihre Familien dabei gehabt, die wiederum für Verpflegung gesorgt haben, die dann untereinander verteilt wurde. Essen und Getränke waren auf dem Tahrir-Platz für alle umsonst. Die Straßen um den Platz wurden von Freiwilligen gereinigt und in einigen Lazarett-Zelten gab es kostenlose medizinische Versorgung. Ich kann mich an die Reaktion eines amerikanischen Journalisten erinnern, der von Schlägertypen verletzt wurde: *»Diese Revolution hier hat mir etwas gegeben, was ich in den USA nicht bekomme, nämlich kostenlose medizinische Versorgung.«* [...]

Es war eine selbstverwaltete Kommune. Manche sprechen auch von einer Art Woodstock, einer festivalartigen, autarken Menschenansammlung mit gemeinsamen Forderungen. Und das ist den Streiksituationen der Arbeiter sehr ähnlich. Tausende Arbeiter aus dem Großraum Kairo haben täglich ihre Schicht absolviert, um sich dann dem Protest anzuschließen. Auch Arbeiter aus entfernten Bezirken sind auf den Platz gekommen. Meistens sind sie ein, zwei Tage geblieben, manchmal auch länger und mit ihren Familien, und dann zur nächsten Schicht zurück in ihre Heimatorte gefahren. Am 8. und 9. Februar haben die Arbeiter dann die massive Streikwelle losgetreten.

[...] **Gab es überhaupt keine Organisationsstrukturen, zum Beispiel bei der Verteilung von Essen? Keine Versammlungen oder ähnliches?**

Notgedrungen entstanden auf der Basis von Nachbarschaften so genannte »Volkskomitees«. Nachdem am 28. Januar die Polizei besiegt und von der Straße verbannt worden war, haben diese Komitees Wachposten und Patrouillen organisiert. Und nicht nur das: die Polizei hatte tausende Gefangene freigelassen. Generell bin ich für die Freilassung von Gefangenen, aber einige der Insassen waren extreme Gewaltverbrecher. Hunderte, wenn nicht sogar tausende, wurden von der Polizei bewaffnet und dazu angestachelt, Leute zu attackieren und für Chaos und Verwüstung zu sorgen: *»Bring um, wen du willst, zerstör', was du willst«*.

[...] Diese Volkskomitees haben sich organisiert, um Nachbarschaften, Häuser, Läden und andere Gebäude zu verteidigen. Der Staat war zu diesem Zeitpunkt mehr oder weniger zusammengebrochen und nicht mehr in der Lage, Dienstleistungen aufrechtzuerhalten. Also haben sich die Komitees zusätzlich um die Straßensäuberung, Verkehrsführung und so weiter gekümmert. Niemand wurde dafür bezahlt, die Leute haben auf natürliche Weise so gehandelt. Ihnen war klar, dass das unsere Revolution ist; und wenn der Staat uns nicht hilft, dann helfen wir uns eben selbst

Neuer Patriotismus

Im Moment scheint es, dass die Revolution zu einer Wiederbelebung des Patriotismus führt – überall sieht man Flaggen...

Ja, das ist eine Wiederbelebung des ägyptischen Nationalismus, die ich einerseits bewundernswert finde und andererseits übertrieben...

Was findest du daran bewundernswert?

Es gibt einen bewegenden Spruch, der mit Mubaraks Sturz aufkam: *»Erheb' deinen Kopf, du bist Ägypter.«* Vorher ging es nur darum, den Kopf bloß unten zu behalten, tanz' nicht aus der Reihe, sonst könntest du im Gefängnis landen. Jetzt sagen die Leute: Das ist mein Land, und ich habe keine Angst, den Mund aufzumachen. Die Gesellschaft kann neu aufgebaut werden, Ägypten ist nicht mehr das Land von Mubarak und seinen korrupten Unternehmer-Ministern. In dieser Hinsicht ist der Patriotismus bewundernswert. Aber die Medien haben das natürlich aufgeblasen und durch fremdenfeindliche Züge aus dem Zusammenhang gerissen.

Viele der Parolen sind auch reaktionär, etwa: *»Ägypten über alles«* [im Orig. dt.]. Das grenzt an Faschismus, das ist zu nationalistisch. Oder: *»Wir sind alle Ägypter«* – ja, klar, sind wir, aber es gibt reiche und mächtige Ägypter, die dich ausbeuten, ins Gefängnis stecken und zu Tode foltern, um ihre Interessen zu verteidigen. [...]

Also würdest du zwischen Patriotismus und Nationalismus unterscheiden, wobei der erste weniger schlimm wäre als der zweite?

[...] Es gibt einen Nationalismus, der sagt: Hol' dir dein Land zurück und schau auf. Und dann gibt es einen, der sagt: Ausländische Elemente sind in der Revolution am Werk und die ausländischen Medien verbreiten Lügen. [...] Und Nationalismus um des Nationalismus willen, nach dem Motto: Lasst uns ein symbolisches Ägypten auf Kosten unserer Klasseninteressen verteidigen. Das halte ich im Moment für das Schädlichste: Ägypten geht vor, vergessen wir unsere Klasseninteressen! Dieses Flagge-Schwenken und sich das Gesicht Rot-Weiß-Schwarz Anmalen muss ein Ende haben.

Schauen wir lieber, was unsere wirklichen Interessen sind: Mindestens 40 Prozent der Ägypter leben unterhalb der Armutsgrenze, und ein großer Teil der Übrigen kommt grade so zurecht. Sogar Akademiker können mit ihren monatlichen 1.000 Pfund ($ 165) kaum eine Familie ernähren. Es ist also nicht so, dass sich in Ägypten eine Revolution ereignet hat und nun alle die gleichen Interessen haben. Die Arbeiter haben andere als die Kapitalisten.

Geschlecht, Klasse und Feminismus

Wie sah die Rolle der Frauen in dem Aufstand aus, und welche Auswirkung hat der Aufstand auf die Geschlechterbeziehungen?

Seit dem 25. Januar haben Frauen eine sehr wichtige Rolle in der Revolution gespielt. [...] Ich habe nur Ereignisse in Kairo und Alexandria miterlebt, und dort waren Frauen eine ziemlich große Minderheit, vielleicht 30 bis 40 Prozent. Man sah Frauen mit offenem Haar und andere mit dem Hijab. Sie waren an allen möglichen Aktivitäten beteiligt – an den Protesten an vorderster Front, Straßenaufräumarbeiten, feurige Reden auf dem Tahrir-Platz, Lebensmittel- und medizinische Versorgung. Die Volkskomitees in den Nachbarschaften bestanden in erster Linie aus Männern mit Schwertern, Messern, Schlägern, manchmal auch Schusswaffen. Die Frauen haben für die Leute auf den Straßen das Essen zubereitet und manchmal auch Molotowcocktails gebastelt. Manche Frauen und Mädchen sah man auch, wie sie die Straßen mit den Volkskomitees bewacht haben.

Das geht mit den traditionellen Geschlechterrollen konform?
Ja, aber ab dem 28. Januar wurde der Platz besetzt und Zelte aufgebaut, und da haben sich natürlich auch Frauen beteiligt. Das hat an sich schon die Grenzen in Frage gestellt, in die die Gesellschaft die Frauen einzwängt; man hat ihnen beigebracht, zu Hause zu bleiben – in der Küche oder im Schlafzimmer oder bei der Erziehung der Kinder. Diesen Grenzen haben sich Frauen widersetzt, sie haben sich in den vordersten Reihen den Protesten und den Straßenschlachten mit der Polizei angeschlossen. Das war also für Frauen und Mädchen eine sehr radikalisierende und befreiende Erfahrung.

Das gab es aber nicht nur auf dem Tahrir-Platz. Bei einer Reihe von Fabrikstreiks wurden die Proteste und Besetzungen sogar von Frauen angeführt. Das war zum Beispiel bei der Mansoura Espagna Company der Fall, einer Textilfabrik, die in erster Linie Frauen (die fast allesamt einen Hijab oder Niqab tragen) beschäftigt. Während der Fabrikbesetzung 2007 haben Männer und Frauen unter einem Dach, am gleichen Ort geschlafen. Natürlich wurden ihre Räumlichkeiten durch Vorhänge abgetrennt, aber trotzdem war es für konservative Menschen komplett inakzeptabel [...]. Einige Arbeiterinnen wurden deswegen sogar geschieden oder von ihren Verlobten, ihren zukünftigen Ehemännern, verlassen. Nichtsdestotrotz haben sie dieses Tabu gebrochen.

Gab es um dieses Thema während des Aufstandes Konflikte, haben die konservativeren Elemente den Frauen gesagt, dass sie nach Hause gehen sollen?
Das habe ich von niemandem gehört, noch nicht mal von den reaktionärsten Elementen der Gesellschaft. Aber manche Männer haben konservative, reaktionäre Predigten gehalten und aufdringliche Fragen gestellt – warum trägst du keinen Hijab? Welcher Religion gehörst du an? Betest du? Solch eine Scheiße.

Sexuelle Belästigung war so gut wie nicht existent auf dem Tahrir-Platz. Leider beginnt sie wieder aufzutauchen, aber die Frauen wehren sich jetzt eher. Die Revolution hat ihnen ein Bewusstsein über ihre Rechte und ihre Fähigkeit als revolutionäre Akteure gegeben. [...] Als die Frauen und Mädchen auf die Straße gegangen sind, haben sie ihre Macht gespürt [...].

In welchem Zusammenhang stehen Geschlecht, Klasse und Feminismus? Die Frage, ob Frauen Präsidentin oder Richterin werden dürfen, ist ja vermutlich für die Arbeiterinnen nicht besonders zentral. [...]
Zunächst mal sind die Frauenrechts-NGOs in erster Linie Mittelschichtorganisationen, die meistens von Anwältinnen betrieben werden, die sich ihrer Rechte und der Diskrepanzen zwischen dem nationalen und dem internationalen Recht bewusst sind. Sie fordern gleiche Möglichkeiten und gleichen Lohn für Frauen. In Ägypten verdienen Frauen oft weniger, in der Landwirtschaft manchmal auch gar nichts, auch wenn sie die gleiche Arbeit machen. [...] Etwa 60 Prozent der ägyptischen Frauen sind Analphabetinnen, besonders in den ländlichen Gegenden. Und wenn du Analphabetin bist, hast du möglicherweise gar kein Bewusstsein von Frauenrechtsverletzungen wie etwa der Genitalverstümmelung oder von deinen Rechten als Bürgerin und als Mädchen oder Frau. Deshalb denke ich, dass Frauen aus der Arbeiterklasse benachteiligt sind, ganz besonders auf dem Land. Ein weiteres häufiges Problem für alle Frauen sind die zunehmenden radikalen islamistischen Gruppen. Es wird von Drohungen gegen Frauen geredet – ähnlich wie einige Fälle in den 1990ern –, bis hin zu Säureangriffen gegen Frauen, die ihre Beine entblößen oder kurzärmlige Hemden tragen. Obwohl selbst die reaktionären salafistischen Gruppen behaupten, sie hätten solche Verlautbarungen nicht von sich gegeben. Doch ein männerzentrierter und islamistischer Diskurs taucht wieder auf, für den der Platz einer Frau im Haus liegt. Gegen solche Tendenzen fordern Frauengruppen einen säkularen Staat. Mir wäre natürlich eine säkulare Gesellschaft ohne Staat lieber.

Islamismus

Denkst du, dass die Muslimbrüder eine Bedrohung darstellen? [...]
Erstens muss man sagen, dass es nicht nur eine Form islamischer Bewegung gibt. Es gibt die Muslimbrüder, die sind die wichtigste Organisation. Dann gibt es Islamisten wie die Islamistische Arbeiterpartei, die sich eher an den Arbeitern und an einem konservativen Wohlfahrtssystem orientieren. Dann gibt es noch eine moderatere islamistische Partei, Al-Wasat, was Mitte/Zentrum bedeutet; ihre politischen Vorstellungen sind mit der Partei für Aufschwung und Gerechtigkeit (AKP), der Regierungspartei in der Türkei, vergleichbar. Und dann gibt es noch die radikalen Salafisten, Gamat al-Islamyia und Jihad. Die letzten drei Gruppen sind erzreaktionär und haben eine lange Geschichte der organisierten Gewalt und des Terrors.

Vor der Revolution haben die Muslimbrüder gesagt, sie unterstützen keine Revolution als Mittel zur Veränderung des Systems. Aber als der Aufstand nach dem 25. Januar weiter voranschritt, sind sie massenhaft aufgetaucht [...]. Auch zusammen mit anderen Islamisten waren sie keinesfalls die Mehrheit in den Protesten, höchstens eine Minderheit von etwa 30 Prozent. Auf dem Tahrir-Platz waren sie unter anderem sehr aktiv bei der Verteidigung des Platzes. Sie waren mehrmals während des Aufstandes in vorderster Reihe – besonders während der »Kamelschlacht« auf dem Tahrir-Platz am 2. Februar. Einige von ihnen erlagen ihren Verletzungen, sie waren extrem mutig.

Seit Mubaraks Rücktritt geht die Politik der Muslimbrüder eher in die Richtung, eine oder mehrere Parteien zu gründen. Das war ihnen unter Mubarak untersagt. [...] Es gibt Spaltungen unter den Muslimbrüdern. Nicht nur zwischen den jungen und den alten, sondern auch zwischen den konservativen und den ultrakonservativen, den radikaleren, den eher sozial ausgerichteten und den eher wirtschaftsnahen. Einige von ihnen sind Multimillionäre [...] und weil sie solche Geldmengen besitzen, können sie Wohltätigkeitsorganisationen unterstützen [...]. 1992 gab es ein großes und verheerendes Erdbeben; den Brüdern gelang es, den Leuten, die ihre Wohnungen verloren, Wohnraum und Unterkünfte zu bieten – während die Regierung gar nichts

bot. Neben solcher Wohlfahrt ist ihr Slogan »der Islam ist die Lösung« für alle Probleme sehr anziehend in einer konservativen muslimischen Gesellschaft wie Ägypten.

Zur sozialen Basis der Muslimbrüder: Wäre es vereinfachend zu sagen, dass sie ein Zusammenschluss reicher Geschäftsmänner, aufstiegsorientierter Akademiker und der total Verarmten sind, aber wenig Anziehungskraft auf die Arbeiterklasse im engeren Sinne haben?
Ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter ist begrenzt. Wenn ich ein konservativer Arbeiter bin, stimme ich dem vielleicht zu, dass »der Islam die Lösung ist«. Doch was dann? Habe ich dadurch mehr Lohn, ein Streikrecht, eine Gewerkschaft, die mich und meine Genossen repräsentiert? [...] Das gleiche kann man über die meisten islamistischen Strömungen sagen, da sie an den sozialen Frieden und nicht an den Klassenkampf glauben. Sie halten Klassen für natürlich, so sind Gesellschaften halt einfach. Man kann nur die Kluft zwischen Arm und Reich mittels islamischer Wohlfahrt verkleinern. Sie würden niemals irgendeine Art revolutionärer Veränderung befürworten. In den Gewerkschaften sind die Muslimbrüder also nicht stark [...].

Hältst du es also für denkbar, dass sie die Regierung übernehmen oder eine Koalition mit dem Militär eingehen?
Ich halte es nicht für wahrscheinlich, aber es ist möglich. Wir haben das 1979 im Iran gesehen, das war keine islamistische Revolution, aber die Islamisten konnten das Ruder übernehmen. Aber die Mehrheit in Ägypten unterstützt die Muslimbrüder nicht. Die sind bloß sehr gut organisiert und haben Millionen oder sogar Milliarden Pfund, die sie in Wohlfahrtsorganisationen und religiöse Propaganda investieren können.

Arbeiter, Gewerkschaften und Revolution

Rechnest du damit, dass die Streiks zunehmen, jetzt da das alte repressive Regime weg ist?
Ich rechne mit einer Verbreiterung der Klassenkämpfe in der nahen und hoffentlich auch der ferneren Zukunft, aber gleichzeitig müssen wir auch den obersten Militärrat im Auge behalten, der die Konterrevolution schützt. Er hat kürzlich ein Dekret erlassen, das streikenden Arbeitern mit Haftstrafen und Geldstrafen bis zu einer halben Million Pfund (über 83.000 $) droht. Das Militär hat ein persönliches Interesse an der Erhaltung des alten Regimes.

Tantawi, Chef der Militärjunta, war 20 Jahre lang Verteidigungsminister unter Mubarak. Das erklärt auch, warum zum Beispiel Aktivisten, Demonstranten und streikende Arbeiter, verhaftet und von Militärgerichten verurteilt werden, ohne Berufungsrecht; meisten werden sie dabei auch gefoltert. Währenddessen werden Minister und Mitglieder des alten Regimes vor zivile Gerichte gestellt, wenn überhaupt. [...] Eine beliebte Parole lautet: *»Stellt nicht die Arbeiter vor Gericht, stellt Mubarak vor Gericht!«*

Das Problem ist natürlich nicht nur Mubarak. Es sind noch Tausende kleiner Mubaraks an der Macht. Zum Beispiel protestieren Studenten gegen die alten staatlich ernannten Dekane, die noch im Amt sind. Das Hauptquartier der NDP wurde niedergebrannt und die korrupte Partei aufgelöst, aber viele Parteifunktionäre sind noch frei. Das gleiche gilt für den Staatssicherheitsapparat. Er wurde aufgelöst, doch die gleichen alten Leute [...] bilden jetzt den nationalen Sicherheitsapparat; die haben bloß das Wort »Staat« durch »national« ersetzt, das ist alles.

Wie sehen die Hauptforderungen der Arbeiterproteste und -streiks im Moment aus?
Die Hauptforderungen sind Vollzeitverträge, ein Mindestlohn von 1.200 Pfund, das Recht, unabhängige Gewerkschaften zu gründen. Es gibt jetzt über 22 unabhängige Gewerkschaften, von denen sich vier bereits zur Ägyptischen Föderation unabhängiger Gewerkschaften zusammengeschlossen haben, die den gelben Gewerkschaften entgegentritt.

Schon in der Vergangenheit gab es Fälle, in denen Arbeiter ihre Fabriken übernommen haben, nachdem ihre Besitzer – korrupte Geschäftsmänner – aus dem Land geflohen waren, um sich Gerichtsurteilen zu entziehen. 2001 ist der Multimillionär Ramy Lakkah aus Ägypten geflüchtet und hinterließ seine Fabriken. In einem seiner Unternehmen – einer Glühbirnenfabrik in einem Industrievorort von Kairo – hat die Belegschaft den Betrieb von 2001 bis 2006 selbstverwaltet. Die Arbeiter konnten ihre Löhne stemmen und sogar die Produktion ausweiten. [...]

Wichtig ist auch, dass der neue unabhängige Gewerkschaftsverband ganz explizit nicht zwischen Arbeitern und Angestellten unterscheidet; ein Arbeiter ist jemand, der keine Produktionsmittel besitzt und seine Arbeitskraft für einen Lohn verkaufen muss. Es gibt also eine neue Ära für Arbeiter in Ägypten. Sie mobilisiert sowohl Arbeiter- als auch Angestelltengewerkschaften – im öffentlichen, privaten und informellen Sektor der Ökonomie. Und wenn diese unabhängigen Gewerkschaften sich als genau so korrupt wie die alten herausstellen, haben die Arbeiter jetzt genug Erfahrung, um zu wissen, dass sie demokratischere, transparentere und radikalere Gewerkschaften bilden oder wählen können. Sie spüren ihre Macht, sie haben das Gefühl, dass die Zukunft ihnen gehört. Sie können sich von Lohnsklaven in Produzenten verwandeln, die ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. [...]

[...] **In Ländern wie Deutschland gibt es »unabhängige« Gewerkschaften, die aber trotzdem ein wesentlicher Bestandteil des Systems sind und eine wichtige Rolle im reibungslosen Funktionieren der Produktion spielen**[...]**. Gleichzeitig ist die Situation in den Sektoren, in denen die Gewerkschaften schwach sind, nicht unbedingt besser. Aber zur Revolution** [...] **haben Gewerkschaften nichts beizutragen, sie sind eine legale Instanz zur Regulierung der Klassenbeziehungen und somit an das Lohnsystem und das Recht gebunden.**
Ich stimme der marxistischen Analyse zu, dass die Gewerkschaften eine Rolle bei der Aufrechterhaltung des Kapitalismus spielen, indem sie um die Krümel verhandeln, die vom Tisch der Kapitalisten fallen; indem sie die kapitalistische Ausbeutung für die Arbeiter erträglicher machen. In den meisten Fällen hinterfragen die rein wirtschaftlichen Gewerkschaften das System nicht.

Aber wenn wir uns Wisconsin ansehen, hat der Staat trotzdem Angst vor solchen Gewerkschaften. Aus seiner Sicht haben sie immer noch zu viel Macht, also versucht er ihr Recht auf Tarifverhandlungen abzuschaffen.

Und um sich zu einer sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft zu entwickeln, ist meines Erachtens eine Reihe von Schritten nötig, sei es ein Sowjet, ein Arbeiterrat oder eine revolutionäre Gewerkschaft. Ich verstehe deinen Einwand mit der Arbeitsteilung, aber aus der Sicht der Arbeiter ist man kein Lohnsklave mehr; man ist ein Miteigentümer, an Verteilung und Entscheidungen beteiligt, wenn man kollektiv die Fabrik selbst verwaltet. Es geht aber nicht nur um die Selbstverwaltung der Fabrik, sondern um die kollektive Selbstverwaltung der Gesellschaft insgesamt.

... aber das lässt den ganzen Rahmen intakt, man ist dann immer noch Arbeiter in dieser Fabrik, die man besitzt, während es doch eigentlich darum geht, mit dem Konzept des Eigentums gänzlich zu brechen. Wie das getan werden soll, weiß ich nicht, aber ich denke, wir haben ausreichend Erfahrung mit Selbstverwaltung als Sackgasse, die nicht mit der Logik der Warenproduktion bricht, mit dem Tauschwert und Geld. Zanon in Argentinien zum Beispiel ist eine sehr interessante Erfahrung, aber letztlich müssen sie auch ihre Produkte auf dem Markt verkaufen und das bestimmt auch die Bedingungen innerhalb der Fabrik.

Kleine Verbesserungen, aber das System bleibt intakt? Ja. Wir sind uns einig, dass wir die endgültige Abschaffung von Lohnsklaverei, Privateigentum und der bestehenden Arbeitsteilung wollen. Aber das wird sehr viel Arbeit und einen massiven Neuaufbau der Gesellschaft erfordern. Und deswegen meine ich, dass Gewerkschaften eine so wichtige Rolle spielen.

In Ägypten hatten wir seit 1957 ausschließlich staatlich kontrollierte Gewerkschaften. Das Land hat durch die Gründung von unabhängigen Gewerkschaften und Verbänden einen Schritt vorwärts gemacht. Auch wenn sie – vorerst – die Lohnsklaverei, den Kapitalismus und den Staat nicht antasten. Weil eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung das Bewusstsein der Arbeiter über ihre Stellung in der Gesellschaft stärkt – dass sie nicht dazu da sind, einfach ausgebeutet und jederzeit entsorgt zu werden.

Irgendwo müssen wir in Ägypten anfangen. Ich glaube, mit dieser unabhängigen Gewerkschaftsbewegung werden auch radikalere Gewerkschaften entstehen, die damit anfangen, die Hierarchien in der Fabrik und die ganze Struktur der Gesellschaft zu hinterfragen. Ich denke – ich hoffe –, dass das zu sozialem Aufruhr führen wird, der wiederum zur sozialen Revolution führt – letztlich zur Übernahme der Produktionsmittel. Das würde natürlich auch die Abschaffung gewisser Industrien, etwa der Rüstungsindustrie, bedeuten. Eine vollständige Neugestaltung der Produktion entlang der tatsächlichen Bedürfnisse und Sehnsüchte einer freien, klassenlosen, staatenlosen und egalitären Gesellschaft. ■

Das gesamte Gespräch bei: *Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft* unter: **www.klassenlos.tk**

Ägyptischen Arbeiter treten mit eigenen Forderungen auf

Den 1. Mai dieses Jahres konnten die ägyptischen Arbeiter noch im Schwärmen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit begehen. Doch in den weiteren Tagen des Mai sahen sie sich gezwungen, auf dem Tahrir-Platz gegen die Verhaftungen von Arbeitern, die sich öffentlich für die sozialen Interessen der Lohnabhängigen stark machen, zu protestieren. Die Militärregierung hat die meisten Forderungen der Arbeiter – wie nach Mindestlöhnen und Entfernung der korrupten Manager staatseigener Fabriken – nicht erfüllt. Es gibt weiterhin Kinderarbeit und kein Arbeitslosengeld. Von den rund 26 Millionen lohnabhängig Beschäftigten in Ägypten erhalten sechzig Prozent keine Mindestlöhne, Krankenversicherung, Renten, kein Urlaubsgeld, Mutterschaftsschutz, keinen Krankenschein oder Gewerkschaftsschutz.

Nach dem Sturz Mubaraks waren lohnabhängig Beschäftigte verschiedenster Berufszweige im ganzen Land für höhere Löhne, Arbeitsplätze, demokratische Rechte auf die Straße gegangen. Die Militärregierung antwortete Ende März mit einem per Dekret erlassenen Gesetz gegen Streiks. Damit blieb die versprochene Aufhebung des Ausnahmezustands aus. Stattdessen kriminalisiert die Militärregierung die Kampfformen, mit denen Millionen Ägypter Präsident Mubarak nach achtzehntägigen Massendemonstrationen vertrieben hatten. Wer nun zu Protestaktionen aufruft, wird mit bis zu einem Jahr Gefängnis und hoher Geldstra-

fe verurteilt. Seit Beginn der Militärdiktatur wurden Menschenrechtsberichten zufolge Tausende verhaftet, gefoltert und vor Militärgerichte gestellt. Die Verhaftung einzelner Vertreter des alten Regimes soll nur eine Ausgewogenheit vortäuschen.

In der ägyptischen Bourgeoisie findet die Beendigung der Demonstrationen durch die Militärregierung volle Unterstützung, denn die Wirtschaft ist fast zum Erliegen gekommen, nicht nur durch Streiks: Der Tourismus ist stark rückläufig, die geringeren Möglichkeiten zur Korruption bremsen, Auslandsinvestitionen sind gestoppt. Auch die bürgerlichen Oppositionsparteien und Gruppen, wie al Baradeis liberale *Nationale Allianz für den Wandel* und die Moslembruderschaft, die sich auf gebildete, aber ökonomisch benachteiligte bürgerliche Schichten stützt, stehen hinter diesem Vorgehen des Militärs. Al Baradei drückt es aus mit den Worten das Vertrauen in das Militär sei lebenswichtig für die nationale Einheit. Schließlich muss die Produktion wieder möglichst höchst profitabel laufen. Inzwischen hat die Inflation zehn Prozent erreicht, sie liegt sogar doppelt so hoch für die lebensnotwendigen Güter des täglichen Bedarfs – gleichzeitig leben 40 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze. Das führt zu gegensätzlichen Erwartungen an die zukünftige Regierung: Sie soll Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst schaffen und gleichzeitig die Bürokratie abbauen. Wirtschaftliche Not stand hinter der Volksbewegung. Welche Perspektive können die Herrschenden den Protestierenden geben?

Der Zusammenbruch des alten Regimes hat das bisherige politische Gefüge gesprengt: Nach dem Verbot der bisherigen Regierungspartei soll mit der Nachfolgerin Nationale Partei Ägyptens das Klientel-Netzwerk als Machtinstrument in die neue Ordnung übertragen werden. In der Moslembruderschaft hat die Volksbewegung eine Auseinandersetzung über den zukünftigen Weg ausgelöst, der zu Abspaltung besonders der jüngeren Generation führt.

Nach der Einheit im Kampf gegen das alte Regime treten nun die Klassengegensätze zum Vorschein. Damit werden nach und nach bei den Bevölkerungsmassen die Illusionen zerstört, der friedliche Protest und der Sturz Mubaraks würden zu einer demokratischen und sozialen Umgestaltung führen. Die Moslembruderschaft propagiert deshalb einen moslemischen Pflichtbeitrag als Mittel gegen Armut. Unter vielen Bürgern besteht der Wunsch nach einem Kapitalismus ohne Bestechung und ohne die Profitgier der letzten zehn Jahre.

Während das Militär bereits mehrmals mit Gewalt den Tahrir-Platz räumte und Demonstranten jagte und prügelte, überzog eine weitere Streikwelle das Land: Arbeiter fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Weiterhin finanziert von den USA, hält das Militär, die Basis des Mubarak-Regimes, das Ruder fest in den Händen. Auch Saudi-Arabien, wo viele Ägypter arbeiten, übt als Kreditgeber und Absatzmarkt einigen Einfluss auf die ägyptische Regierung aus. Die nach Saudi-Arabien ausgerichtete religiöse Richtung der Salafisten wirkt mit ihrer Propaganda gegen religiöse Minderheiten unter der ländlichen Bevölkerung als reaktionäre Bewegung.

Die ägyptische Arbeiterbewegung steht vor einer Fülle von Herausforderungen.

Eigene Organisationen werden aufgebaut

Bei den Protesten am 30. Januar 2011 war auf dem Tahrir-Platz die neue Föderation ägyptischer Gewerkschaften (Federation of Egyptian Trade Unions, FETU) gegründet worden, die sofort einen Aufruf für einen Generalstreik erließ. Der staatlich noch nicht anerkannten Föderation ist auch das Zentrum der Gewerkschaften und der Arbeiterdienstleistungen (CTUWS) angeschlossen, das 2007 von der Regierung geschlossen und erst im Juli 2008 wieder geöffnet werden durfte. Zur FETU-Führung gehört der Chef der Gewerkschaft der Grundbuchsteuerbehörde (RETA).

In den Industriestädten, wie Suez dominierten – anders als auf dem Kairoer Tahrir-Platz – bei den Februar-Auseinandersetzungen zwischen der ägyptischen Bevölkerung und der Regierung Mubarak Arbeiter in den Straßen. Im Industriezentrum Suez am Ausgangspunkt des Suezkanals, wo die gesellschaftlichen Widersprüche Ägyptens am stärksten ausgeprägt sind, fanden die härtesten Arbeiterkämpfe gegen die Polizei statt. Dort wo die höchsten Gewinne gemacht werden, haben die Arbeiter die größten Probleme: Einheimische Arbeiter waren von den Unternehmern entlassen und durch indische und thailändische Billigkräfte ersetzt worden.

Nur ein Teil der ägyptischen Arbeiter ist durch jahrelange Kämpfe zu der Überzeugung gekommen, dass eine selbständige Organisierung unumgänglich ist. Der größere Teil der lohnabhängig Beschäftigten glaubt immer noch, gute Beziehungen zum Staat würden zum persönlichen Fortkommen helfen. Und die Masse der in Kleinbetrieben beschäftigten Arbeiter durfte sich bisher nicht gewerkschaftlich organisieren. Der Lernprozess ist groß – wie die Aufgabe der Organisierung der Arbeiter.

Der neue Gewerkschaftsbund hat die Unterstützung des Internationalen Gewerkschaftsverbandes und der AFL-CIO. Es muss sich erst zeigen, inwiefern die FETU bei diesem Einfluss, der organisatorische Stärke der Ägyptischen Gewerkschafts- Föderation (ETUF) und der Behinderung durch staatliche Stellen Ausdruck einer selbständigen Arbeiterbewegung in Ägypten werden kann.

Parallel zur Eindämmung der sozialen Kämpfe der Arbeiter erschwert die Militärregierung die politische Organisierung der Lohnabhängigen durch Gesetze. So müssen die Parteien für ihre Lizensierung mindestens 1 Million ägypt. Pfund (Ca. 125 000 Euro) aufbringen, um die Namen von mindestens 5000 Gründern in zwei überregionalen Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Dem Telekommunikationsindustriemagnaten Naguib Sawiris fiel es nicht schwer, für die Gründung seiner Freien Ägypter-Partei diese Bedingungen zu erfüllen. Für die Gründung einer Arbeiterpartei ist die finanzielle Belastung dagegen eine schwere Hürde – zumal die Zeit für eine landesweite Organisierung kurz ist.

Während Arbeiter beginnen, auch für ihre politischen Interessen ihre Stimme zu erheben, schlossen sich sozialistische Gruppen, Parteien, die im Volksaufstand Anhänger gewonnen haben, im Mai dieses Jahres zusammen. Sie wollen mit »allen progressiven und demokratischen Kräften zusammen zu arbeiten, um gemeinsame nationale Ziele zu erreichen«, streben also eine politische Zusammenarbeit mit oppositionellen bürgerlichen Kräften an. Die Sammelpartei Sozialistische Volksallianz sieht sich selbst als Vertreter der Arbeiter, Bauern und Armen, bekennt aber, dass sie als Intellektuelle kaum Verbindung mit dem Volk haben.

Der ökonomische Entwicklungsstand und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erlauben es der herrschenden Klasse nicht, die arbeitende Bevölkerung mit sozialen Zugeständnissen für ihre Politik zu gewinnen und sie an sich zu binden. Deshalb sind für die Zukunft soziale Auseinandersetzungen unausweichlich. In der neuen Verfassung gibt es vorausschauend ein Streik- und Demonstrationsverbot, wenn elementare Interessen des Staates betroffen sind. Das Militär ist der Garant für die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse geben nicht mehr als eine Militärherrschaft mit demokratischem Mäntelchen her. ■

Jahrelanger Kampf für eine unabhängige Gewerkschaft

Die ägyptische Arbeiterklasse regte sich lange vor den Massenprotesten, die in der letzten Januarwoche 2011 einsetzten. In der Streikwelle seit Anfang dieses Jahres entlud sich, was sich an gesellschaftlichen Problemen seit einem halben Jahrhundert in Ägypten angestaut hatte.

Im Kampf gegen den britischen Imperialismus noch Anhängsel der Bourgeoisie wurde ihr auch unter Nassers »arabischem Sozialismus« nicht zugestanden, eigene Forderungen zu erheben, soziale oder politische Initiativen einzubringen. Die Nationalisierung der ausländischen Unternehmen und des Suez-Kanals machte Arbeiter zu Staatsangestellten. Ihr Lebensstandard wurde angehoben. Sie hatten allerdings das zu nehmen, was die Regierung ihnen zugestand. Arbeiter, die sich dieser Regel widersetzten, wurden verhaftet, hingerichtet. Dem Einfluss des Weltmarktes ausgesetzt, konnte Ägypten die Subventionen für die arbeitende Bevölkerung nicht halten. Über die Jahre verschlechterte sich die Lage der Arbeiter. Die Lebenshaltungskosten stiegen. Arbeiterproteste begleiteten den Sozialabbau.

1991 öffnete die Regierung auf Druck des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank das Land für das internationale Kapital. Fabriken, Banken, Hotels und sogar jener Einzelhandelsketten, die sich bis dahin noch im Eigentum der Regierung befunden hatten, wurden freigegeben zur Privatisierung. Auf dem Lande wurde ein großer Teil der Landumverteilung, die Nasser durchgeführt hatte, wieder rückgängig gemacht.

Doch erst unter Ahmad Nazif, (Regierungschef von 2004 – 2011) fand eine große Privatisierungswelle statt. Durch den massiven Zufluss internationalen Kapitals nach Ägypten im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist die Wirtschaft des Landes stark gewachsen. Direkte Investitionen aus dem Ausland stiegen von 400 Millionen Dollar im Jahr 2000 auf 13,2 Milliarden Dollar in 2007/2008 an. Ägypten ist zum größten Empfänger ausländischer Direktinvestitionen auf dem afrikanischen Kontinent geworden. Begleitet wurde das Wirtschaftswachstum während des vergangenen Jahrzehnts durch verschärfte Ausbeutung, dem Anstieg von prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Diese Entwicklung führte zu einem bisher in Ägypten nicht gekannten Anwachsen von Kampfmaßnahmen der Arbeiter. Die Abwehrkämpfe haben unter den kämpfenden lohnabhängig Beschäftigten ein Bewusstsein für ihre Rechte geschaffen.

Unterdrückung unabhängiger Gewerkschaftsbewegung in der Textilfabrik Ghazl al-Mahalla

Mehr als 1,7 Millionen Arbeiter haben zwischen 2004 und 2008 an fast 2.000 Streiks und anderen Protestformen teilgenommen. Die pure Not zwang sie für ihre elementaren Interessen aktiv zu werden: Ein Mindestlohn von £350 im Monat wäre sogar bei zwei Einkommen und mit zusätzlichen Prämien unterhalb der Armutsgrenze der Welt-Bank von US$ 2.00 pro Tag und Person für die durchschnittliche ägyptische Familie gewesen wäre.

Höhepunkte der Protestbewegung von 2006 und 2007 waren die Streiks bei der Misr Web- und Spinngesellschaft in Mahalla al Kubra im Nildelta, auch Ghazl al-Mahalla. Sie waren Vorbild für viele andere Lohnabhängige. Ausdruck der Politisierung des Streiks war die Forderung des Streikführers Muhammar al-Attar, das Mubarak-Regime müsse verschwinden. Er äußerte sie, als er während des Streiks aus dem Gefängnis entlassen wurde.

Da der Gewerkschaftsausschuss dieses größten ägyptischen Industriebetriebes die Streiks nicht unterstützte, forderten die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen von der Ägyptischen Gewerkschafts-Föderation (ETUF) seine Amtsenthebung. 14 000 Beschäftigte unterschrieben eine Resolution, in der sie zum Ausdruck brachten, dass sie der offiziellen Gewerkschaft nicht mehr vertrauten. Rund 3.000 Gewerkschaftsmitglieder traten aus dem ETUF aus.

Laut Gesetz können die Gewerkschaftsvertreter abgesetzt werden, wenn 50 Prozent der Belegschaft dies fordern. Doch die Gewerkschaftsspitze mauerte und Sicherheitsbeamte verhinderten die Fahrt von Belegschaftsvertretern nach Kairo. Die Arbeiter beendeten den Streik, als die Regierung mit ihrem Streikkomitee verhandelte.

Die größten sozialen Kämpfe seit der Vertreibung der britischen Kolonialherren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlebte Ägypten im April 2008. Ursache waren die Erhöhung der Brotpreise und die niedrigen Löhne, die zwischen 33 Prozent und 50 Prozent der Löhne in anderen Ländern der Region erreichten. Initiiert wurden die Kämpfe lokal. Das Streikkomitee der Misr Web- und Spinngesellschaft hatte zur Arbeitsniederlegung aufgerufen. Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen waren die Militantesten und Aktivsten in der Protestbewegung. Doch bevor es zum Streik kam, besetzte der Staatssicherheitsdienst die größte Fabrik Ägyptens, um das Streikkomitee um Streikführer Muhammad al-Attar zum Einlenken zu zwingen. Die Unternehmensleitung erhöhte nun die Löhne und sagte kostenlose Fahrten zum Arbeitsplatz zu.

Trotz der erfolgten Streikabsage demonstrierten in Mahalla al Kubra Tausende Frauen, Jugendliche und Arbeiter nicht nur einen Tag in den Straßen gegen die Politik der Regierung. Sie ließen sich vom Steinhagel bestellter Regierungsanhänger und von Schlagstöcken, Tränengas und Kugeln der Polizei nicht einschüchtern. Die Sicherheitspolizei nahm 331 Menschen fest, prügelte Hunderte, verwundete neun Menschen schwer und erschoss ein Kind. 49 Bewohner von Mahalla Al-Kubra wurden der Verschwörung angeklagt. 22 wurden zu Gefängnisstrafen von drei bis fünf Jahren verurteilt, 27 wurden freigesprochen.

Die Kifaya (Genug!), eine von Intellektuellen initiierten oppositionellen Jugendbewegung, unterstützte die Streikaktionen im Lande, was zur Verhaftung von fünfzig ihrer Mitglieder führte.

Die staatliche Gewerkschafts-Föderation ETUF

Die Anfänge der Bestrebungen ägyptischer Arbeiter, unabhängige Gewerkschaften aufzubauen, gehen auf die Zeit um 1900 zurück. Sie wurden jedoch überschattet vom Kampf um die nationale Unabhängigkeit. Erst 1957 erlaubte die Regierung die Einrichtung des Ägyptischen Arbeiterbundes. Aus ihm ging die Ägyptische Gewerkschafts-Föderation (ETUF) mit heute 23 Einzelgewerkschaften und 2.5 Millionen Mitgliedern hervor.

Eine örtliche Gewerkschaft zu organisieren ist bisher nur in Betrieben mit mindestens 50 Arbeitskräften gesetzlich erlaubt. Im großen Bereich der Privatwirtschaft ist deshalb nur ein kleiner Prozentsatz der Lohnabhängigen gewerkschaftlich organisiert. Rund 98 Prozent aller Unternehmen der Privatwirtschaft, also die gesamte Schattenwirtschaft, beschäftigen durchschnittlich weniger als 15 Arbeitskräfte (16 von knapp 27 Millionen Arbeitenden).

Die Gewerkschaftsföderation stand von Anfang an unter der Aufsicht des Ministeriums für Arbeit und der Si-

cherheitskräfte. Von Ausnahmen abgesehen hat sich die ETUF generell eng an der Regierungspolitik ausgerichtet. Ihre Führung war immer in den Händen der herrschenden Nationaldemokratischen Partei NDP. Seit 1957 gab es fast nur regierungsfreundliche Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes. Alle 23 Mitglieder des Vollzugsausschusses für die Periode 2006-2011 waren Mitglieder der NDP. Nachdem sich die ETUF in den 1970er und 1980er Jahren gegen Bestrebungen der Präsidenten Sadat und Mubarak den öffentlichen Sektor zu privatisieren gestellt hatte, folgte sie 1991 der Politik der ägyptischen Regierung bei der Annahme der von IWF und Weltbank geforderten Wirtschaftsreformen und Strukturprogrammen.

2003 beschloss die Regierung, mit einem »Vereinheitlichten Arbeitsrecht«, alle bisherigen Arbeitsrechtvorschriften zu ersetzen. Unternehmer konnten nun Arbeiter befristet einstellen. Beschäftigte mit befristeten Verträgen durften nicht Gewerkschaften beitreten. In einigen Staatsbetrieben gab es dann mehr Beschäftigte mit befristeten Verträgen als fest angestellte, denn viele Arbeitsverträge wurden entfristet. Damit konnten einem wachsenden Teil der Belegschaften grundlegende Rechte entzogen werden.

Bei Gewerkschaftswahlen wurden betriebliche Kandidaten nicht nur durch bürokratische Hürden und andere Schachzüge ausgeschlossen. Kommunisten, Muslimbrüder oder Unabhängige durften sich erst gar nicht aufstellen lassen. Diese Erfahrungen machten den Arbeitern deutlich, dass sie mit der ETUF ihre Interessen nicht verteidigen konnten.

Streikrecht

Der erste massenhafte Streik ging 1971 vom Stahlwerk Helwan im Bereich des Erzabbaugebietes bei Kairo aus. Die Belegschaft streikte für Lohn- und Urlaubsforderungen und für eine Beteiligung an der Leitung der Arbeit. Da sie den Streikausschuss ständig auswechselte, konnte keine Streikführung ausfindig gemacht werden. Das Direktorium lehnte das Forderungspaket ab. Als dann das Ministerium nachgab, wurden diese Forderungen auch von den übrigen Betrieben in diesem Bereich erhoben. Die Rücknahme des Abkommens durch Präsident Sadat führte zum Massenstreik von 300.000 Arbeitern in 42 Betrieben (siehe Arbeiterpolitik 6/71).

1987 ließ die Regierung streikende Zugführer strafrechtlich verfolgen. Das Gericht sprach jedoch alle Angeklagten mit der Begründung frei, dass die Internationale Vereinbarung über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Ägypten beigetreten ist, das Streikrecht für ein Menschenrecht hält. Auch nach diesem Gerichtsurteil wurden Streiks bei den Eisen- und Stahlunternehmen in Helwan (1989) und bei der Spinnerei und Weberei in Kafr al-Dawwär (1994) unterdrückt, z. T. blutig. Erlaubt sind Streiks nur, wenn der Vorstand der betroffenen Fachgewerkschaft mit 2/3-Mehrheit zugestimmt und das Exekutivkomitee des Gewerkschaftsbundes sein Plazet gegeben hatte. Doch diese Gremien sind in den Händen der NDP. Gibt es dann trotzdem mal eine Zustimmung, so muss der Streik dem Unternehmer zehn Tage vorher – auch mit der Streikdauer – angekündigt werden.

Nur zweimal überhaupt hat das Exekutivkomitee der ETUF Streiks zugestimmt, 1993 im Bergbau und 2009 bei der Tanta Flachs- und Ölkompanie (Kitan Tanta). In beiden Fällen wurde die Unterstützung der Arbeiter nach einiger Zeit abgebrochen. Kitan Tanta wurde im Februar 2007ohne Zustimmung des Gewerkschaftsbundes bestreikt. Die Belegschaft wehrte sich u. a. gegen unbezahlte Arbeitszeitverlängerung und gegen Kostenerhöhungen im Gesundheitsbereich. Als die Belegschaft im Juli wieder streikte, wurden sieben Streikaktivisten entlassen. Auch mit einem Gerichtsentscheid wurde ihre Wiedereinstellung nicht erreicht.

Im Frühjahr 2009 streikten die Kitan Tanta-Arbeiter wieder gegen die saudischen Besitzer, diesmal mit Beschluss des Gewerkschaftsbundes für einen fünftägigen Streik. Als die Gewerkschaft dann nach drei Monaten im August kein Streikgeld mehr zahlte, organisierten die Arbeiter eine eigene, unabhängige Streikfinanzierung. Im November wurde der Streik vom Gewerkschaftsbund abgebrochen, ohne dass die Wiedereinstellung der Entlassenen durchgesetzt werden konnte. Arbeiter, die zu Beginn des Streiks eine Wiederverstaatlichung gefordert hatten, setzten nun auf eine Selbstverwaltung des Betriebes.

Eine unabhängige Gewerkschaft wird erkämpft

2007 forderten 55.000 kommunale Steuereinzieher Lohngleichheit mit Angestellten des Finanzministeriums und ihre Zugehörigkeit zum Finanzministerium statt zu Gemeinden. Nachdem sie ihren Forderungen in Demonstrationen Nachdruck verliehen hatten, streikten sie: Sie weigerten sich, die städtische Grundsteuer einzuziehen. Rund 3.000 kommunale Immobiliensteuereintreiber und ihre Familienangehörigen saßen 11 Tage vor dem Finanzministerium in Kairo. Schließlich gab der Finanzminister ihren Forderungen nach. Es war eine Kampagne von Sammelklagen, die zu diesem Sieg führte, die erste koordinierte Mobilisierung von Beamten in Ägypten.

Nach dem Sit-in und dem Streik beschlossen sie, den Streikausschuss bestehen zu lassen. Getragen von dem Erfolg wurden in den Provinzen lokale Gewerkschaftsausschüsse gewählt. Im Dezember 2008 trafen sich mehr als 1.000 kommunale Steuereinzieher aus ganz Ägypten in Kairo und beschlossen den Aufbau der Unabhängigen Gewerkschaft der Grundsteuerbehörde RETA. Begleitet von 300 Kollegen beantragte der Konstituierende Rat beim Minister für Arbeit die Gründung einer Gewerkschaft. Die Kritik am offiziellen Ägyptischen Gewerkschaftsbund ETUF auf der ILO-Konferenz (Internationale Arbeitsorganisation) 2008 dürfte zur Bestätigung der ersten unabhängigen ägyptischen Gewerkschaft seit einem halben Jahrhundert geführt haben.

Die Steuereinzieher hatten einige Vorteile gegenüber den Industriearbeitern von al-Mahalla Ghazl. Indem sie die Erhebung von Steuern aussetzten, bedrohten sie die Einnahmen der Regierung. Ihre unabhängige gewerkschaftliche Organisierung gefährdete jedoch nicht das zentrale Regierungsziel: die Privatisierung von Unternehmen des öffentlichen Sektors. Außerdem sind sie nicht so stark mit nationaler Symbolik beladen wie die Ghazl al-Mahalla. Dennoch hat die ETUF versucht, die Bildung dieser unabhängigen Gewerkschaft bei jedem ihrer Schritte zu behindern. Die Schwierigkeiten, die RETA bei der Einrichtung eines Sozialfonds besonders vom offiziellen Gewerkschaftsbund bekam, konnte sie erst mit einem eintägigen Streik und einem Sit-in vor dem Parlament überwinden.

Politisch verstärkt wurden diese Arbeiteraktionen, indem sie zusammenfielen mit einer Kampagne für Demokratie von ‚Kifaya', und anderen Gruppen, die in der Hauptsache aus der städtischen Mittelschicht stammten. Die Angestellten der Schulverwaltung und der Post, nahmen sich den Kampf der Steuereinnehmer zum Vorbild, konnten aber nicht die Gründung einer eigenen unabhängigen Gewerkschaft durchsetzen. Wenn auch nur die kommunalen Grundsteuereinzieher eine unabhängige Gewerkschaft durchsetzen konnten, immer häufiger wählten nun Belegschaften bei betrieblichen Kämpfen unabhängige Streikkomitees. ■